

Jahresbericht 2015

Organe und Gremien

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung des BdB e.V. fand am 24. April 2015 im Rahmen der Jahrestagung in Goslar statt. Mit genau 10 Stunden Dauer zählt sie zu einer der längsten, zudem wurden 16 Anträge behandelt, was es in diesem Umfang bisher auch nicht gab. Unzweifelhafter Höhepunkt aber war die Wahl von Thorsten Becker zum neuen Vorsitzenden des Verbandes, der mit einer Zustimmung von 88 Prozent der Delegierten ein überzeugendes Vertrauensvotum erhalten hatte. Thorsten Becker trat die Nachfolge von Klaus Förter-Vondey an, der nach 14 Jahren nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden kandidierte und von der Versammlung mit stehenden Ovationen aus dem Amt verabschiedet wurde.

Nach den vom Vorsitzenden Klaus Förter-Vondey und dem vom Geschäftsführer Dr. Harald Freter vorgetragenen Berichten wurde der Vorstand auf Empfehlung der Kassenprüfer/innen einstimmig entlastet.

Im Mittelpunkt der Antragsdiskussion stand der von Vorstand und Länderrat vorgelegte Leitantrag „Qualitätsvolle Betreuungspraxis und Menschenwürdegarantie“, der einstimmig beschlossen wurde und die Verbandslinie bis ins Jahr 2017 skizziert. Einstimmig angenommen wurde der gemeinsame Antrag des Länderrats und des Vorstands zum Vergütungssystem in der rechtlichen Betreuung, u.a. mit den Sofortforderungen Erhöhung des Stundensatzes auf mindestens 54,- Euro, einer Dynamisierungsregelung zur Anpassung des Stundensatzes an die Preissteigerung sowie Anhebung des Stundenansatzes auf mindestens 5 Stunden im Mittel. Auch die intensiv diskutierte Ausgründung des Instituts für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung (ipb) wurde positiv entschieden. Zudem beschloss die Delegiertenversammlung eine Beitragserhöhung um 50,- Euro ab dem Jahr 2016. Auch einige Anträge von Einzelpersonen und Landesgruppen wurden intensiv diskutiert.

Länderrat

Der Länderrat ist 2015 zweimal zusammengetreten. Die Sitzung am 19./20.02.2015 in Münster diente vor allem der Vorbereitung der Delegiertenversammlung. Der Länderrat schloss sich insbesondere dem vom Vorstand vorgelegten Leitantrag und dem Antrag zum Vergütungssystem in der rechtlichen Betreuung an. Weiter wurden der Jahresabschluss 2014 zur Kenntnis genommen und der Wirtschaftsplan 2015 beschlossen.

Auf der zweiten Sitzung am 25./26.9.2015 in Hadamar befasste sich der Länderrat ausführlich mit der Verbandsstra-

ategie, mit der Kampagnenplanung für 2015-2017 und in einer dritten Beratung mit der Ausgründung des Instituts für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung (ipb). Außerdem wurde ein Auditierungskonzept für das Qualitätsregister beraten und dessen Erprobung beschlossen sowie der Finanzstatus August 2015 zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Länderratssitzung besuchten die Delegierten auch die Gedenkstätte Hadamar, in der an die rund 15.000 Menschen erinnert wird, die im Rahmen der NS-Euthanasie-Verbrechen in Hadamar ermordet wurden.

Zur Vorbereitung bzw. zur Diskussion von Verbandsstrategie und Wirtschaftsplan trafen sich die Landesvorsitzenden am 14.1.2015 und die Finanzverantwortlichen am 27.1.2015. Beide Treffen fanden in der Geschäftsstelle in Hamburg statt.

Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen lagen jeweils in der Verantwortung einer Landesgruppe. Für die Februarsitzung war das die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, für die im September die Landesgruppe Hessen.

Vorstand

Die Vorstandsarbeit des Jahres 2015 war durch den Wechsel im Vorsitz geprägt. Klaus Förter-Vondey hatte nach 14 Jahren nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden kandidiert. Ihm folgte sein bisheriger Stellvertreter Thorsten Becker. Neu in den Vorstand wurde Christian Kästner als Beisitzer gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, Rainer Sobota ist nunmehr einer der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden.

Im Jahr 2015 hat der siebenköpfige Bundesvorstand insgesamt elfmal getagt, in der Regel zweitägig in Hamburg



Klaus Förter-Vondey übergibt den Vorsitz an Thorsten Becker

oder andernorts eintägig im Vorfeld und zur Vorbereitung von Tagungen der Verbandsorgane und -gremien (Delegiertenversammlung, Länderrat, Qualitätsbeirat). Regelmäßige Themen der Vorstandssitzungen waren die Mitgliederentwicklung, die Finanzsituation, Berichte aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen und seitens der Geschäftsführung sowie das Beschlusscontrolling.

Die Arbeit des Vorstandes ist nach Ressorts gegliedert, wobei das jeweilige Vorstandsmitglied mit einer bzw. einem Mitarbeiter/in der Geschäftsstelle diese Thematik bearbeitet und auf diese Weise Entscheidungen des Vorstands vorbereitet. So wird auch jede BAG von einem Vorstandsmitglied und einem/einer Mitarbeiter/in betreut. Die Struktur der BAG und deren Arbeitsaufträge wurden dabei konsequent ausgerichtet auf die Umsetzung des auf der Delegiertenversammlung verabschiedeten Leitanspruchs.

Jedes Vorstandsmitglied ist im Rahmen einer Patenschaft auch zuständig für eine oder mehrere Landesgruppen. Es



Der BdB-Vorstand seit dem 24. April 2015 (v.l.n.r.): Hennes Göers, Christian Kästner, Rainer Sobota, Heike Looser, Jochen Halbreiter, Thorsten Becker, Iris Peymann

nimmt regelmäßig insbesondere an der jeweiligen Mitgliederversammlung teil und steht als Ansprechpartner/in zur Verfügung. Vorstandsmitglieder haben in unterschiedlichen Zusammenhängen an Gesprächen mit Politik und Ministerien auf Bundes- und Landesebene teilgenommen.

Der Vorstand hat nach ausführlicher Diskussion die Verbesserung der materiellen Lage und die Professionalisierung des Berufs zu den Prioritäten der Verbands- und damit der Vorstandsarbeit bestimmt. Inhaltliche Themen der Vorstandsarbeit lagen 2015 u.a. in den Bereichen Kampagnenstrategie, Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit, Ausgründung und Ausbau des Instituts. Zu einigen Themen wurden Stellungnahmen und Positionspapiere beraten und beschlossen.

Neben den Vorstandssitzungen und den Patenschaften für die Landesgruppen betreibt der Vorstand intensiv Lobbyarbeit durch politische Gespräche auf Bundesebene, sowie die Mitarbeit des Vorsitzenden an den Beiräten für zwei Forschungsvorhaben des BMJV zur Qualität in der Betreuung und zum Erforderlichkeitsprinzip. Zur Lobbyarbeit gehört auch die Mitarbeit im Kasseler Forum und das Bestreben, mit anderen Organisationen wie dem Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE), dem Dachverband gemeindepsychiatrischer Verbände oder der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zu Gemeinsamkeiten in Einzelfragen zu kommen.

Beirat für Qualitätsentwicklung

Welche Methoden und Rahmenbedingungen gewährleisten eine gute Betreuungsarbeit? Mit dieser Frage beschäftigt sich der BdB seit seiner Gründung 1994. Unterstützung bietet der BdB-Qualitätsbeirat mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Selbstvertretungsverbänden. Zweimal jährlich trifft sich der BdB-Vorstand mit dem Expertengremium, um Fragen der Fachlichkeit und Qualitätsentwicklung zu erörtern.

Am 30. Juni 2015 standen die Themenfelder „Strukturelle Weiterentwicklung der Betreuungsarbeit“ und die Vergütungssituation im Fokus des Beirats.

Thorsten Becker machte in seinem Vortrag „Umsetzung der UN-BRK, erste Staatenberichtsprüfung der Vereinten Nationen für Deutschland“ deutlich, mit welchen Konsequenzen die Betreuungsarbeit im Rahmen der Umsetzung rechnen

Aufgabenverteilung im Vorstand

Aufgabengebiet	Vorstandsmitglied
Politik, Öffentlichkeitsarbeit	Thorsten Becker
Vereine, Organisation und Verwaltung	Hennes Göers
Fachlichkeit	Rainer Sobota
Service, Kooperationspartner	Jochen Halbreiter
Länderpolitik, Kampagnen, Vertretung materieller Interessen	Heike Looser
Qualitätsentwicklung / ipb	Iris Peymann
Andere Tätigkeitsfelder des Verbandes	Christian Kästner

Landesgruppenpatenschaften

Landesgruppe	Vorstandsmitglied
Baden-Württemberg	Hennes Göers
Bayern	Jochen Halbreiter
Brandenburg	Christian Kästner
Bremen	Rainer Sobota
Berlin	Hennes Göers
Hamburg	Iris Peymann
Hessen	Thorsten Becker
Mecklenburg-Vorpommern	Hennes Göers
Niedersachsen	Rainer Sobota
Nordrhein-Westfalen	Heike Looser
Rheinland-Pfalz	Heike Looser
Saarland	Heike Looser
Sachsen	Jochen Halbreiter
Sachsen-Anhalt	Christian Kästner
Schleswig-Holstein	Iris Peymann
Thüringen	Christian Kästner

muss und stellte die Position des Bundesverbandes in einem umfangreichen Forderungskatalog dar:

- Forderung nach verbindlichen und nachprüfbar Maßstäben für eine qualifizierte Betreuungspraxis
- Einführung von Zulassungskriterien
- Schaffung einer unabhängigen Berufsaufsicht
- Einführung einer beruflichen Selbstverwaltung durch eine Betreuerkammer
- Sicherstellung der Begleitung und Beratung Ehrenamtlicher durch angemessene Ausstattung der Betreuungsvereine
- Neue Modelle der Zusammenarbeit zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen erproben

Georg Lütter (Referent für Betreuungsrecht, BMJV) berichtete über den Stand zu den geplanten „Rechtstatsächlichen Untersuchungen des BMJV“.

Die eine habe die Umsetzung des Erforderlichkeitsprinzips im Hinblick auf vorrangige „andere Hilfen“ zum Gegenstand.

In der zweiten rechtstatsächlichen Untersuchung gehe es um die Qualität der rechtlichen Betreuung. Rechtliche Betreuung sei ein Instrument der unterstützten Entscheidungsfindung. Im Mittelpunkt der Untersuchung werde der Zusammenhang zwischen der Qualifikation der Betreuer/innen und der Qualität der Betreuungsführung stehen. In diesem Zusammenhang soll auch das derzeitige Vergütungssystem, insbesondere im Hinblick auf die Zeitbudgets untersucht werden. Auch die Qualität der ehrenamtlichen Betreuung sei Gegenstand der Untersuchung.

Im Verfahren gehe es darum, die Bundesländer zu überzeugen, die am Ende die Kosten tragen müssen. Die Länder müssten letztlich im Bundesrat zustimmen. Derzeit stellen die Bundesländer Qualitätsdefizite in Frage, sind aber zu einer Diskussion bereit, wenn die Notwendigkeit von Veränderungen nachgewiesen werde.

In der Untersuchung würden auch die Betreuungsbehörden eine besondere Bedeutung haben, da sie das Netzwerk zu den „anderen Hilfen“ bilden. Auch eine bessere Einbindung in die Strukturen des Bundesteilhabegesetzes würde der Idee dienen, das Gesamtplanverfahren zu optimieren.

In seinem Vortrag „Strategische Durchbruchziele auf dem Weg zum „Berufsbetreuer als Freier Beruf“ zeigte Rainer Adler (Professor für Sozialmanagement, Hochschule Jena) eine Road Map zur Professionalisierung der Berufsbetreuung auf. Dabei betrachtete er insbesondere gesetzliche Vorgaben wie u.a. das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz und das Einkommenssteuergesetz. Auch ging er auf die Voraussetzungen für die Schaffung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Berufsbetreuer/innen ein.

In seinem Vortrag „Methodik des Vergütungsgutachtens“ präsentierte Michael Schmäddecke (Wirtschaftsprüfer und Steuerberater) die Ergebnisse aus dem Sachverständigen-gutachten zur Ermittlung eines angemessenen Vergütungssatzes. Der BdB hatte mit dieser Berechnung eine unabhängige Kostenbetrachtung in Auftrag gegeben. Dabei seien die Werte eher zurückhaltend gewählt worden. Unter aktuellen Bedingungen sei nicht zu erwarten, dass gut ausgebildete Berufsbetreuer/innen nachwachsen. Theoretisch würde das

Arbeitsfeld Berufsbetreuung eher für weniger qualifizierte Menschen attraktiv sein.

Die zweite Sitzung des Qualitätsbeirates fand am 5. Dezember 2015 in Hamburg statt. Ulrich Engelfried wurde in seinem Amt als Vorsitzender des Beirates bestätigt. Als neue Mitglieder im Beirat wurden Annette Schnellenbach vom BMJV und Klaus Förter-Vondey begrüßt.

Thorsten Becker stellte in seinem Vortrag „Qualität verlangt Profession“ die verbandliche Professionalisierungsstrategie vor.

Annette Schnellenbach (Referentin für Betreuungsrecht, BMJV) gab einen Sachstandsbericht zum Forschungsvorhaben des BMJV.

Der Fokus läge dabei auf der Qualitätsuntersuchung: Das Verfahren zur Vergabe sei abgeschlossen, das Projekt am 23.11. angelaufen. Die Laufzeit beträgt 21 Monate bis August 2017. Beauftragt wurde das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Gemeinschaft mit Frau Prof. Dagmar Brosey. Einen besonderen Stellenwert werde die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einnehmen. Basis der empirischen Untersuchung bildet eine Onlinebefragung von Berufsbetreuer/innen, ehrenamtlichen Betreuer/innen, Betreuungsbehörden, -gerichten und -vereinen. Auf der Grundlage dieser Online-Befragung werde eine Untersuchung und Auswertung von Arbeits- und Zeitdokumentationen von Berufsbetreuer/innen zur Ermittlung des Zeitbudgets und der Einkommensentwicklung stattfinden. Auch Klient/innen würden befragt. Diese Befragung werde allerdings persönlich erfolgen.

Margit Kania (Bundesarbeitsgemeinschaft Überörtliche Sozialhilfeträger) berichtete über die ersten Erfahrungen mit dem Gesetz zur Stärkung der Betreuungsbehörden.

Auch die Richtlinie von BAGÜS/DLT/DST zur Anerkennung von Betreuungsvereinen sei überarbeitet worden.

Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben sei gut und positiv angekommen. Die meisten Behörden könnten den Bedarf leisten und bekämen auch eher und besser Fachpersonal.

Die Empfehlungen zur Sachverhaltsaufklärung durch die örtliche Betreuungsbehörde sei ein guter Weg. Trotz der Fachkräfte-Klausel fehle es noch an Fachpersonal.

„Andere Hilfen“ hätten ihre Grenzen. Auch würde es keinen sozialrechtlichen Anspruch auf Teilhabeleistungen geben.

Die BAGÜS-Kriterien seien auf dem neuesten Stand.

Hilke Wolken-Gretschus (BdB-Referentin für Qualitätsentwicklung, ipb) präsentierte in ihrem Vortrag das Konzept zur Auditierung von Betreuungsbüros.

Auf Basis der geforderten Selbstbewertung für eine Registrierung im BdB-Qualitätsregister, der „BAGÜS – Kriterien“ und der BdB-Leitlinien sollen in 2016 erste Vorort-Besuche/Audits stattfinden. Mittels Auditfragebögen soll ermittelt werden, ob und mit welcher Ausprägung die Forderungen und Empfehlungen zur Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität bereits von den Berufsbetreuer/innen im Rahmen der Betreuungsarbeit umgesetzt werden. Der BdB wird die Auditierung im Zuge einer Testphase, welche bis Anfang 2017 dauern soll, finanzieren.



Die Beiratsmitglieder 2015

Prof. Dr. Reiner Adler, Fachhochschule Jena, Brunhilde Ackermann (Betreuungsgerichtstag), bis Mai 2015 Georg Lütter (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz- Referat Betreuungsrecht), Prof. Dr. Wolf Crefeld (Psychiater, Hochschullehrer a.D.), Ulrich Engelfried (Neue Richtervereinigung), Ruth Fricke (Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.), Margrit Kania, (Bundesarbeitsgemeinschaft Überörtliche Sozialhilfeträger), Ina Krause-Trapp (Verband für anthroposophische Heilpädagogik, Sozialtherapie und soziale Arbeit e.V.), Susann Kroworsch (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.), Herbert Effinger (Evangelische Hochschule Dresden), Prof. Dr. Andreas Langer (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg), Prof. Dr. Karlheinz Ortmann (Kath. Hochschule Berlin), Helga Steen-Helms (Hessisches Sozialministerium), Prof. Dr. Wolf-Rainer Wendt (Sozialwissenschaftler), Peter Winterstein (BGT-Vorsitzender), Barbara Wurster (Bundesfamilienministerium), und seit Dezember 2015 Annette Schnellenbach (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz- Referat Betreuungsrecht und Frauenpolitik); Klaus Förter-Vondey (Berufsbetreuer)

Schiedskommission

Mitglieder der Schiedskommission sind: Silke Hagenow-Ukat (Vorsitzende), Veronika Barth, Silke Engelbrecht, Thorsten Müller-Vetterkind und Andreas Witte. Stellvertretende Mitglieder sind Waltraud Herbst, Maria Bodenbug und Gerda Helfer. Die Schiedskommission wurde 2015 in einem Fall, der zum Ausschluss eines Mitglieds führte, tätig. In einem weiteren vorgelegten Fall wird die Entscheidung der Kommission 2016 erwartet. Mitglieder der Schiedskommission haben sich im November 2015 mit Vorstandsmitgliedern und der Geschäftsführung über die Modalitäten der zukünftigen Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit der Beschwerdestelle ausgetauscht. Im Ergebnis ist eine Prüfung der Verfahrensvorschriften geplant, aus der sich ggf. zukünftige Änderungen ergeben können.

(Bundes-)Arbeitsgemeinschaften

Zur Beratung und Unterstützung des Vorstands hat dieser Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG) eingerichtet. Alle BAG werden von Vorstandsmitgliedern geleitet. Außerdem sorgen Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle für die inhaltliche und organisatorische Betreuung. Folgende BAG waren 2015 tätig:

Die **BAG Reform** kam in 2015 unter der Leitung von Klaus Förter-Vondey und nachfolgend von Rainer Sobota zu zwei Sitzungen zusammen. Mitgewirkt haben: Thomas Behrendt, Karin Böke-Aden, Stephan Böck, Harald Kalteier, Angela Roder, Andrea Schwin-Haumesser, Stefan Stroh, Dr. Harald Freter, Ina Hellmers und Alexander Laviziano.

Die BAG befasste sich mit den aktuellen politischen Entwicklungen (u.a. mit den Plänen des BMJV zur Durchführung eines Forschungsprojekts zur Betreuungsqualität) und reflektierte die berufs- und fachpolitische Agenda des BdB im Abgleich mit den realpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten. Arbeitsschwerpunkt der beiden Sitzungen war die Definition inhaltlicher und formeller Eckpunkte für die Entwicklung betreuungsfachlicher Standards. Nach Einschätzung der BAG wäre die Standardentwicklung darauf auszurichten, rechtliche Grundlagen mit fachlichem Handeln zusammen zu bringen, differenzierte Kriterien zur Bewertung von Betreuungsqualität zu entwickeln und bezogen auf besonders sensible Handlungsbereiche Betreuungsfachlichkeit zu konkretisieren und zu vermitteln. Im Mai 2015 entschied der Vorstand die Auflösung der BAG Reform und die Fortsetzung der in diesem Rahmen geführten Diskussionen und Arbeitsprozesse in den beiden neu gebildeten **BAG Politische Strategie** und **Berufsentwicklung**.

Die **BAG Politische Strategie** hat den Auftrag, politische Entwicklungen im Bereich der Betreuung zu beobachten und zu bewerten und daraus Strategien zur Durchsetzung der berufspolitischen Vorstellungen des Verbandes zu entwickeln. Dazu gehören die Grundsatzfragen der Kampagnen und die Bündnispolitik. Außerdem behandelt die BAG das Konzept für ein Berufsgesetz bzw. eine Berufskammer.

Der BAG gehören an Thorsten Becker (Vorsitz), Dr. Harald Freter (BdB-Geschäftsführer), Harald Kalteier, Thomas Behrendt, Stefan Stroh und Martin Kristen.

2015 wurde eine Sitzung durchgeführt, in der neben einer grundsätzlichen Diskussion über die Aufgabenstellung und aktuelle politische Entwicklungen im Bund und in den Ländern auch über Bündnispolitik und die Berufskammer gesprochen wurde. Erstes wichtiges Ergebnis dieser Sitzung war der Wunsch nach einer systematischen Lobbyschulung, für die in der Folge geeignete Trainer/innen gefunden wurden, mit denen Anfang 2016 eine erste Schulung in Berlin durchgeführt wurde, der weitere Seminare für die Landesgruppen folgen werden.

Im Mittelpunkt der ersten Sitzung der **BAG „Berufsentwicklung“** stand ein Fortschrittsbericht zur Neuauflage des Betreuungsmanagements durch Angela Roder. Weiterhin wurden Vergütungssysteme im Rahmen der angelaufenen Untersuchung des BMJV betrachtet und das weitere Vorgehen zur Standardentwicklung besprochen.

Die **BAG Persönliches Budget** kam in 2015 unter Leitung von Rainer Sobota zu einer Sitzung zusammen. Ihre Mitglieder waren: Kerstin Hencke, Bernard Joseph-Auguste, Bärbel Will, Jana Zober-Kühne und Alexander Laviziano. Die letzte gemeinsame Sitzung der BAG war dem Thema der Fachberatungsstellen zum Persönlichen Budget gewidmet. Die geplan-

ten Fachberatungsstellen sollten als qualitätsgesicherte und behördlich anerkannte Stellen Beratung und Unterstützung im Vorfeld und zur Umsetzung eines Persönlichen Budgets anbieten. Zwar konnte Einigkeit bezüglich der Eckpunkte erzielt werden; bei konzeptionellen Fragen im Detail – gerade auch im Hinblick auf die Definition von Voraussetzungen und Standards für das geplante Leistungsangebot – zeigten sich jedoch schwer überwindbare Differenzen im Spannungsfeld individueller Zugänge und dem Erfordernis verpflichtender professioneller Maßstäbe.

Die **BAG Geeignete Stelle** tagte zweimal. Ihre Mitglieder waren: Karin Böke-Aden (Vorsitzende), Bernd Oehler, Ralf Hachemer, Rainer Sobota und Ina Hellmers.

Die BAG hat juristische Fragestellungen an eine zukünftige Geeignete Stelle für ein Rechtsgutachten erarbeitet, die potenziellen Zielgruppen für ein Modellprojekt konkretisiert und mit der Akquise von Fördermitteln begonnen.

Nach der Delegiertenversammlung 2015 entschied der Vorstand, die BAG Persönliches Budget und die BAG Geeignete Stelle aufzulösen und die Arbeits- bzw. Diskussionsergebnisse in die neu gegründete **Projektgruppe Modellprojekt Geeignete Stelle** einzubringen.

Die **Projektgruppe Modellprojekt Geeignete Stelle** wurde eingerichtet, um die praktische Umsetzung des Konzepts einer selbstmandatierten Betreuung („Geeignete Stelle“) voranzubringen. Mitglieder der Projektgruppe sind Karin Böke-Aden, Rainer Sobota, Ina Hellmers und Alexander Laviziano. Die Projektgruppe konzipierte ein konkretes Vorhaben zur Umsetzung einer selbstmandatierten Betreuung im Bürger-Profi-Mix und verhandelte u.a. mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) über Möglichkeiten der Kooperation und Förderung. Die Projektgruppe kam zu einem Termin zusammen, um ausgehend von Fallsituationen konzeptionelle Details zu besprechen und die mögliche Kooperation mit dem BMFSFJ im Rahmen eines Projekts für ältere Menschen mit komplexen Problemlagen zu erörtern. Da die betreuungspolitischen Prioritäten des BMFSFJ (Betreuungsvermeidung und Stärkung von Vorsorge und Ehrenamtlichkeit) anders gelagert waren als die Prioritäten des BdB (Stärkung und Anerkennung des Berufs, Erprobung einer selbstmandatierten professionellen Betreuung nach Maßgabe der UN-BRK Artikel 12) konnte die Planung eines BMFSFJ-geförderten Projekts mit dem BdB als Projektträger zum Ende des Jahres 2015 nicht abgeschlossen werden.

Die **BAG Länderarbeit** wurde vom Bundesvorstand Mitte 2015 eingerichtet. Berufen wurden Regina Geller, Eberhard Marten, Ina Kopal und Fred Fiedler. Heike Looser, als zuständiges Bundesvorstandsmitglied, leitet die BAG und Ina Hellmers, als Länderreferentin in der Geschäftsstelle, unterstützt die Arbeit inhaltlich und organisatorisch.

Ziel ist die Erarbeitung eines Konzeptes zur Stärkung der Landesgruppen. Die Arbeit der BAG basiert auf der Analyse der Landesgruppen und einer klaren Zielstellung der Landesgruppenarbeit. Bestehende Strukturen und Verant-

wortlichkeiten in den Landesgruppen sollen überdacht sowie nachhaltig wirkende Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Im August 2015 hat die BAG ihre Arbeit aufgenommen und sich zweimal getroffen. Dabei wurden vor allem die Strukturen, Zuständigkeiten und Arbeitsweisen der Landesgruppenvorstände beleuchtet. Da der/die Landessprecher/in dabei eine „Schlüsselposition“ einnimmt, konzentrierte sich die BAG auf die Erarbeitung einer Empfehlung zum Profil der Sprecherfunktion sowie weiterer Funktionen im Landesvorstand. Darüber hinaus hat die BAG aktuelle Themen, die aus der Zusammenarbeit zwischen Geschäftsstelle und Landesgruppen entstehen sowie das neue Aktiven-Schulungskonzept beraten.

Es fanden drei Sitzungen der **BAG Vereine** statt. Schwerpunkt der Arbeit war auch in diesem Jahr die Auseinandersetzung mit der zurzeit schlechten finanziellen Lage vieler Betreuungsvereine. Mehrere Betreuungsvereine mussten ihre Tätigkeit bereits einstellen, weitere Vereine sind von der Schließung bedroht. Ziel war neben der Entwicklung langfristiger Finanzierungskonzepte (Forderung nach einer angemessenen Vergütung für die Betreuer Tätigkeit und einer verlässlichen und ausreichenden Förderung der Querschnittsarbeit) die Entwicklung einer Forderung nach einer „Soforthilfe“ durch eine vorgezogene Anhebung der Betreuervergütung vor Auswertung der vom BMJV in Auftrag gegebenen Rechtstatsachenforschung zu Qualitätssicherung und Vergütung in der Betreuungsarbeit. Besondere Berücksichtigung fanden dabei die Suche nach möglichen Bündnispartnern sowie die Auseinandersetzung mit deren Positionen. Mitglieder sind Hennes Göers (Vorsitzender), Martin Bischof, Carola Friedrichs-Heise, Martin Kristen, Stefan Stroh und Kay Lütgens.

Die Aufgabe der **BAG Mitglieder und Service** besteht darin, weitere Bereiche für Service und Dienstleistungen des Verbandes zu erschließen, um auf diese Weise eine Mitgliedschaft im BdB noch attraktiver zu machen. In dieser BAG gingen auch die Aufgaben der bisherigen AG Arbeitserleichterungen auf. Außerdem werden hier behandelt: Bedarfsermittlungen für Fortbildungen, das Beratungssystem und Angebote für Coachingmaßnahmen. Die BAG wird vom Vorstandsmitglied Jochen Halbreiter geleitet und seitens der Geschäftsstelle durch die Verwaltungsleiterin Andrea Beckmann unterstützt. Weitere Mitglieder sind: Roland Bonaventura, Friedhelm Hantusch, Marianne Klewin, Uwe Knörzer, Birgit Lordick, Franka Rump, Martina Schulz-Polat.

2015 fand eine Sitzung statt, in der ein Merkblatt für den Umgang mit Banken erarbeitet wurde, das inzwischen auf der Homepage des Verbandes zur Verfügung steht, weiter wurde mit grundsätzlichen Überlegungen zur Mitgliedererwerbung und -bindung begonnen wurde.

Die **AG Social Media** wurde aufgrund eines Beschlusses der Delegiertenversammlung eingerichtet. Mitglieder waren: Hennes Göers (Vorsitzender), Wilk Spieker, Sinikka Kund, Marina May und Michael Holtfoth. In einer Sitzung am 26.2.2015 in Hamburg wurde das Für und Wider der

Nutzung von Facebook und Twitter für die Verbandsarbeit diskutiert. Dabei wurde festgehalten, dass eine Facebook-Seite nur dann sinnvoll ist, wenn sie nicht nur eine Spiegelung der offiziellen BdB-Homepage www.bdb-ev.de ist, sondern einen deutlichen Zusatznutzen darstellt. Zudem wurde festgehalten, dass die Pflege einer zusätzlichen digitalen Plattform mit erheblichem zeitlichen und damit auch finanziellem Mehraufwand verbunden ist. Die Mitglieder kamen überein, das vom neuen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit angekündigte Konzept für interne und externe Kommunikation abzuwarten. Die AG Social Media ist inzwischen in der **BAG Kommunikation** (mit identischer Besetzung) aufgegangen. In ihr wird nicht mehr nur Social Media, sondern Kommunikation unter ganzheitlicher Sicht, mit Schwerpunkt digitale Medien, thematisiert. Das erste Treffen dieser neuen BAG Verbandskommunikation wurde für Februar 2016 terminiert.

Landesgruppen

Die 16 Landesgruppen haben zahlreiche Fortbildungen und Mitgliederversammlungen organisiert. Durch die zunehmende Politisierung der LG-Arbeit verstärkte sich auch die Termin- und Aufgabendichte in den Ländern. So gab es – auch ohne zentrale Aktionen – zielgerichtete Kontakte in den jeweiligen politischen Raum auf Landesebene im Rahmen unserer Kampagnenstrategie für 2015-2017. Jede Landesgruppe hat einen eigenen Vorstand, bei dem die Funktion des Sprechers und des Finanzverantwortlichen vergeben wird. In vielen Landesgruppen gibt es darüber hinaus auch Verantwortliche für Mitgliederbetreuung, Kampagnenkoordination, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation, politische Lobbyarbeit. Jede Landesgruppe verfügt über ein Budget in Eigenverantwortung.

Mitgliederversammlungen der Landesgruppen:

Baden-Württemberg:	am 24.10.2015
Bayern:	am 23.01.2015
Berlin:	am 29.06.2015
Brandenburg:	am 04.03.2015
Bremen:	am 08.10.2015
Hamburg:	am 04.03. & 09.09.2015
Hessen:	am 20.01.2014
Mecklenb.-Vorpommern:	am 10.06.2015
Niedersachsen:	am 12.06.2015
Nordrhein-Westfalen:	am 28.11.2015
Rheinland-Pfalz:	am 27.11.2015
Saarland:	am 12.11.2015
Sachsen:	am 28.01.2015
Sachsen-Anhalt:	am 11.06.2015
Schleswig-Holstein:	am 06.02.2015
Thüringen:	am 04.02.2015

Geschäftsstelle

Aktuell (Stand: 1.4.2016) sind in der Bundesgeschäftsstelle des BdB zwölf angestellte Mitarbeiter/innen beschäftigt.

In dem seit dem 1.4.2016 ausgegründeten Institut sind vier Mitarbeiterinnen beschäftigt.

Im Oktober 2015 wurde ein Datenschutz-Check für die Geschäftsstelle durch ein dafür zertifiziertes Unternehmen durchgeführt. Wichtigstes Ergebnis ist, dass der Grad der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen beim BdB überdurchschnittlich hoch ist. Allerdings gibt es in Teilbereichen auch Schwachstellen, die in einem nach Prioritäten gegliederten Maßnahmenplan sukzessive abgestellt werden sollen. Wichtigste Maßnahme ist die Bestellung eines (externen) betrieblichen Datenschutzbeauftragten.

Wochenstd.

Dr. Harald Freter , Geschäftsführer	35
Judith Grabe-Scholl , Referentin der Geschäftsführung	25

Verwaltung

Andrea Beckmann , Verwaltungsleitung	25
Tanja Brinkmeier , Empfang/Mitgliederverwaltung	20
Arna Fölsch , Qualitätsregister, Beschwerdestelle	17
Christiane Schabacker , Rechnungswesen, Beitragsverwaltung (seit 1.2.2016)	25
Kerstin Theisen , Länderverwaltung (seit 1.2.2016)	20
Dörthe Elter , Empfang, Technik (seit 1.3.2016) .	20

Fachreferate

Ina Hellmers , Länderpolitik, Kampagnen, Vertretung materieller Interessen	25
Alexander Laviziano , Grundsatzfragen	30
Kay Lütgens , Recht.	25
Michael Holtfoth , Öffentlichkeitsarbeit.	25

Institut für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung gGmbH (ausgegründet 1.4.2016)

Prof. Dr. Constanze Sörensen , Geschäftsführerin	20
--	-----------

Im Zuge des Betriebsübergangs gingen folgende Mitarbeiterinnen vom BdB e.V. zur ipb gGmbH über:

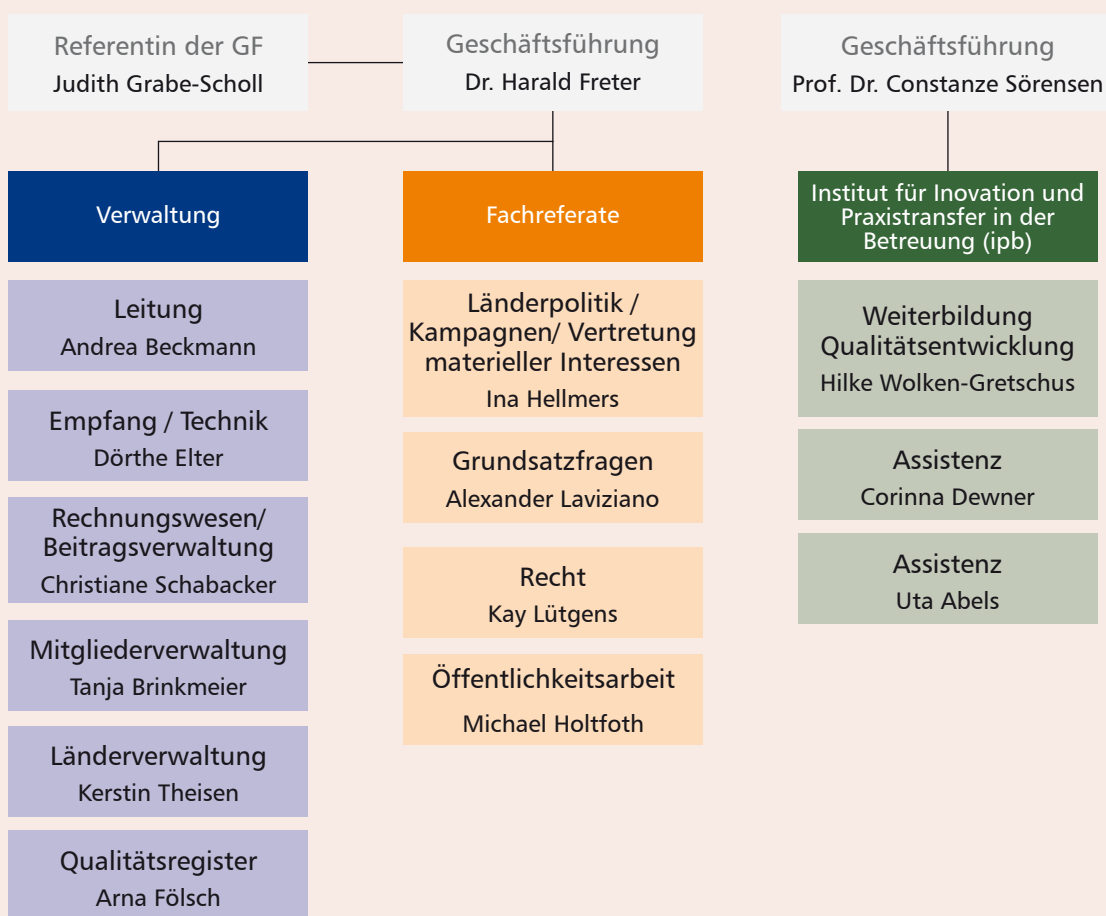
Hilke Wolken-Gretschus , Weiterbildung und Qualitätsentwicklung	25
Corinna Dewner , Assistenz	18
Uta Abels , Assistenz	20

Dienstleistungen

Verwaltung

Die Verwaltung ist das Dienstleistungszentrum für unsere Mitglieder und Partner. Zur Verwaltung gehörten im Jahre 2015 die Bereiche Empfang, Telefondienst, Mitglieder- und Beitragsverwaltung, Technik, Qualitätsregister, Beschwerdestelle, Veranstaltungsorganisation und die Verwaltung der Landesgruppen.

Organigramm Geschäftsstelle (2016)



Im Rahmen einer externen Organisationsuntersuchung, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wurde, erfolgte im Verwaltungsbereich eine Umstrukturierung. Die Buchhaltung (seit 2015 Bilanzbuchhaltung) und der Zahlungsverkehr wurden an eine externe Dienstleisterin vergeben. Zugleich wurde die bisherige Koordinatorin der Verwaltung nun Verwaltungsleiterin mit Ressourcenverantwortung. Die bisherige Assistentin der Geschäftsführung übernahm als Referentin zusätzlich Aufgaben der inhaltlichen Steuerung und Koordination der Fachreferate.

Im Sekretariat gehen viele telefonische und schriftliche Anfragen der BdB-Mitglieder ein. Hier werden Auskünfte erteilt, Rechnungen erstellt und Mitgliederdaten gepflegt. Die Verwaltung nimmt Bestellungen der kostenpflichtigen Publikationen entgegen und sorgt für Versand und Rechnungsstellung. 151 Interessierte forderten 2015 Informationsmaterialien an. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist dadurch zu erklären, dass verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, Informationsmaterialien von der Homepage des Verbandes herunterzuladen.

Die Geschäftsstelle verschickte Einladungen für 41 Veranstaltungen in den Landesgruppen und versorgte die Landesgruppen überdies mit Materialien, aktuellen Mitgliederdaten sowie mit dem jeweiligen Buchungsstand des Landesgruppenbud-

gets. Außerdem werden hier die Auslagenabrechnungen aus den Landesgruppen bearbeitet. Ebenfalls hier angesiedelt sind, das Beitragsmanagement und die IT.

Qualitätsregister

Nachdem die Geschäftsbedingungen des Qualitätsregisters im Herbst 2014 optimiert und auch die Nachweisführung für den Besuch von Weiterbildungsmaßnahmen eingestellt wurde, registrierte das Qualitätsregister ab Herbst 2014 wieder deutlich mehr Zugänge. Allein im Januar 2015 konnte das QR 26 Neueintritte verzeichnen. Zum Jahresende 2015 waren es dann über 580 Mitglieder.

Um dem Recht der Klienten/innen nach einem transparenten Betreuungsprozess immer mehr gerecht zu werden, hat der BdB die Selbstbewertung als eine neue Anforderung für die Registrierung im QR eingeführt. Nachdem auf der Delegiertenversammlung 2015 die externe Überprüfung gefordert wurde, konnte auf der Grundlage der Selbstbewertung erstmals an einer externen Auditierung gearbeitet werden. Dieses Verfahren wird Anfang 2016 probeweise in die Umsetzung gehen.

Vorerst soll es sich um eine Pilotphase handeln, in welcher das Konzept erprobt wird und BdB-Mitglieder sich kostenlos auditieren lassen können.

Das Vorhaben zur Auditierung wurde im Dezember 2015 dem Qualitätsbeirat vorgestellt und sehr positiv bewertet.

In der Dezemberausgabe der *bdbaspekte* hat das QR einen zweiseitigen Artikel platzieren und das weitere Vorgehen zur Auditierung von Betreuungsbüros darstellen können.

Beschwerdestelle

Die 2014 vollzogene Umstrukturierung des Beschwerdemanagements im BdB trug 2015 Früchte. Neben der Ausweitung auf alle Mitglieder bewährte sich das Prinzip der regionalen Schlichtung in der Praxis. Der BdB sucht daher weiterhin Freiwillige für diese Aufgabe.

Um eintreffende Beschwerden schneller bearbeiten zu können, als es bislang über die zentrale Beschwerdestelle möglich war, konnte der BdB eine Reihe regionaler Schlichter/innen in den Ländern gewinnen, die zeit- und ortsnahe zwischen Betreuer/innen und Klient/innen vermitteln und so auch Behörden und Gerichte entlasten sollen. Bundesweit wurden Betreuungsbehörden und -gerichte über das neue vorgelagerte Schlichtungsverfahren samt Übersicht der aktiven Mediator/innen informiert und gebeten, in etwaigen Konfliktfällen diese Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Das regionale Netz der Schlichter/innen soll in 2016 weiter ausgebaut werden. Im Fokus liegen dabei die Flächenländer. Indes gibt es auch Veränderungen in der Kernbeschwerdestelle. Das übergeordnete Gremium trifft zukünftig halbjährig zu seinen Sitzungen zusammen (April und September) und zählt jetzt acht Personen.

2015 sind 14 Beschwerden eingegangen, davon 8 über Mitglieder des BdB.

Ende 2015 gab es 18 regionale Schlichter/innen in 11 Bundesländern. Mitglieder der Beschwerdestelle sind: die Berufsbetreuer/innen Heike Domian, Nicole Frank, Heike Schultz, Mathias Steinbach sowie Jurand Daszkowski (Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener, BPE), John Gelübcke (Betreuungsrichter a. D.), Jochen Halbreiter (BdB-Bundesvorstand), Arna Fölsch (BdB-Geschäftsstelle).

Fachberatung für Mitglieder

Seit April 2013 bietet ein Team von fünf Fachberater/innen zweimal pro Woche eine fünfstündige telefonische Fachberatung an.

Durchschnittlich sieben Anrufe gehen pro Tag ein, die Gesprächsdauer liegt zwischen fünf und fünfzig Minuten. Die Anrufer melden sich aus dem gesamten Bundesgebiet. Beratungsthemen sind u.a.: allgemeine Betreueraufgaben, das Verhältnis zu Klient/innen, Angehörigen, (BT-)Behörden, Gerichten etc., Fragen zur Vergütung, Umsatzsteuer, Versicherung und Haftung. Auch zur Methodenanwendung in Rechtsfragen gibt es Beratungsbedarf.

Die Fachberater/innen erfassen jedes Gespräch in Form einer anonymen Gesprächsdokumentation. Diese werden statistisch und fachlich ausgewertet. Zweimal pro Jahr findet das Fachberater-Treffen für die Einsatzplanung, Fallbesprechung und Weiterbildung statt.

Für die Erweiterung des Serviceangebotes, geplant in Form einer betriebswirtschaftlichen Beratung, wurde ein Konzept erarbeitet und Mitte Dezember erfolgte die Ausschreibung für zwei Beraterstellen auf Honorarbasis.

Rechtsberatung

Auch in diesem Jahr wurden wieder zahlreiche Anfragen von Mitgliedern aus allen Rechtsgebieten, die mit der Betreuungsarbeit zu tun haben, beantwortet.

Daneben wurden wieder Stellungnahmen entworfen (z.B. zu dem beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren zu Fragen in Zusammenhang mit der Neuregelung der Behandlung gegen den natürlichen Willen eines Klienten in § 1906 BGB).

Um sowohl Betreuer/innen als auch den anderen Beteiligten Informationen über die Auswirkungen der Einrichtung einer Betreuung für bestimmte Lebenssituationen und um Betreuer/innen Material für immer wieder stattfindende Auseinandersetzungen zu geben, wurde ein Merkblatt für die Zusammenarbeit von Betreuer/innen und Banken entwickelt. Ein Merkblatt über die Zusammenarbeit von Behörden und Betreuer/innen befindet sich in Vorbereitung.

Mailingliste

Die Mailingliste des BdB ist ein internes Forum zur gegenseitigen kollegialen Beratung. Auf Antrag kann jedes Mitglied an diesem internen Diskussionsforum teilnehmen. Daneben wird auf der Homepage des BdB das Diskussionsforum angeboten. Anders als die intensiv genutzte Mailingliste wird es jedoch bislang von den Mitgliedern kaum genutzt. Hingegen gibt es von mehreren Landesgruppen Nachfragen, regionale Diskussionsforen einzurichten. Im Zuge der Weiterentwicklung der BdB-Homepage (siehe Abschnitt Öffentlichkeitsarbeit) soll dieses Angebot in 2016 umgesetzt werden.

Kooperationspartner

Der BdB hat auch 2015 die Zusammenarbeit mit seinen Kooperationspartnern weiter ausgebaut und intensiviert. Davon profitieren BdB-Mitglieder durch zahlreiche attraktive Angebote und Sonderkonditionen. Zu den Kooperationspartnern zählen LOGO Datensysteme GmbH, die GL Versicherungsmakler GmbH, das Software- und Beratungsunternehmen prosozial GmbH, die Beihilfeberatung MEDIRENTA Krankenkostenabrechnung GmbH und Liebmann und Bergmann Nachlassermittlungen GbR sowie der Bundesanzeiger Verlag. Gemeinsam mit dem BALANCE buch + medien verlag wird die Zeitschrift kompass herausgegeben. Die Werbeagentur mediamor bietet als Partner des BdB für Mitglieder günstige Homepages sowie Gestaltung und Herstellung von Geschäftsdrucksachen an.

Ein Serviceflyer stellt die Dienstleistungen des Verbandes und der Kooperationspartner in übersichtlicher Form vor. Dabei wird auch hervorgehoben, dass sich der Verbandsbeitrag bereits bei Inanspruchnahme von Rabatten zum Beispiel allein für Versicherungen und Software amortisiert.

Interessensvertretung/Lobbyarbeit

Auch das Jahr 2015 war durch intensive politische Lobbyarbeit auf Bundes- und Landesebene geprägt.

Wichtigstes Ergebnis ist, dass der BdB erreichen konnte, dass anders, als zunächst geplant, in die vom BMJV beauftragte rechtstatsächliche Untersuchung zur Qualität in der Betreuung auch eine Evaluation des Vergütungssystems aufgenommen wurde, deren Ergebnis dann sogar vorgezogen bereits im November 2016 vorgelegt werden soll. Die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Referat des BMJV, namentlich in Person der Referatsleitungen Georg Lütter (bis Mai 2015) und Annette Schnellenbach, gestaltete sich sehr vertrauensvoll.

Mit den beiden Berichtersteller/innen der Koalitionsfraktionen, Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU) und Dr. Matthias

Bartke (SPD), aber auch zu Oppositionspolitiker/innen wie Corinna Rüffer (Bündnis 90 / Die Grünen) und Jörn Wunderlich (Die Linke) bestehen intensive und regelmäßige Gesprächskontakte.

Auch die Landesgruppen haben ihre politischen Kontakte, namentlich zu den Ministeriumsspitzen und den Landtagsfraktionen, intensiviert. Deutlich sind die Signale, dass sich auch in der Landespolitik etwas bewegen lässt und auch schon bewegt hat. Der BdB hat deshalb seine Kampagnenstrategie für die Jahre 2015/16 auf die Landespolitik fokussiert. Dazu wurde ein Seminar für Kampagnenverantwortliche

Politische Gespräche auf Bundesebene

Datum	Termin	BdB vertreten durch
20.01.2015	Kasseler Forum	Freter
30.01.2015	Gespräch mit dem Dachverband Gemeindepsychiatrie)	Vorstand, Freter
27.02.2015	Gespräch mit Georg Lütter (BMJV)	Förter-Vondey
02.03.2015	fachlicher Austausch mit Berichterstattern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und externen Sachverständigen zum Thema „Behinderungsbegriff – leistungsberechtigter Personenkreis“ auf Einladung des Abgeordneten Karl Schiewerling	Förter-Vondey
04.05.2015	Gespräch über Qualität in der Betreuung im BMJV	Becker
06.05.2015	Kasseler Forum	Göers, Freter
18.05.2015	Gespräch mit MdB Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU/CSU)	Becker, Göers, Freter
19.05.2015	Gespräch zur Finanzierung von Betreuungsvereinen	Göers, Freter
28.05.2015	BGT Mitte	Sobota
12.06.2015	Gespräch mit Birgit Kurz vom IFB zum Thema Konzept Berufskammer / Berufsgesetz	Becker, Freter
24.06.2015	Fachkonferenz „Die UN-BRK umsetzen! Handlungsbedarf in Bund und Ländern nach Abschluss der Staatenberichtsprüfung durch den UN-Fachausschuss“	Laviziano
30.06.2015	Treffen mit Vertretern des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie	Becker, Freter
07.07.2015	Sitzung des Inklusionsbeirates	Laviziano
20.07.2015	Veranstaltung des Landesbehindertenbeauftragten der Freien und Hansestadt Bremen zum Thema „Die UN-Behindertenrechtskonvention auf Bundes- und Landesebene: Was kommt nach der deutschen Staatenberichtsprüfung vor dem UN-Fachausschuss in Genf	Peymann, Laviziano
13.08.2015	Kasseler Forum	Göers, Sobota
22.08.2015	Gespräch im BMJV mit Georg Lütter und Annette Schnellenbach	Becker, Freter
24.08.2015	Fachausschuss Freiheits- und Schutzrechte	Laviziano
27.08.2015	Gespräch mit Barbara Wurster (BMFSFJ)	Sobota, Laviziano
08.09.2015	21. Hauptstadtsymposium der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde DGPPN „Psychopharmaka im Fokus: Herausforderung für die Versorgung“	Peymann
09.-10.09.2015	Jahrestagung des Dachverbandes Gemeindepsychiatrie	Sobota
08.10.2015	Gespräch mit MdB Dr. Matthias Bartke (SPD)	Becker, Freter
10.10.2015	Fachtag Betreuungsrecht des Deutschen Vereins	Göers
04.11.2015	Fachtag zum Betreuungsrecht in Bremen	Becker, Sobota
11.11.2015	Verbändekonsultation Monitoring Stelle	Laviziano
16.11.2015	Fachausschuss Freiheits- und Schutzrechte	Laviziano
18.11.2015	Gespräch mit dem Dachverband Gemeindepsychiatrie	Becker, Göers, Sobota, Freter
23.-24.11.2015	Inklusionstage 2015. (des BMAS) Nationaler Aktionsplan 2.0	Sobota
25.11.2015	Kasseler Forum	Göers, Sobota
30.11.2015	Tagung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „Inklusion kennt keine Grenzen! Teilnahme von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf“	Becker



zur Lobbyarbeit konzipiert und Anfang 2016 auch durchgeführt. Zahlreiche Landesgruppen werden dieses Angebot im weiteren Verlauf des Jahres 2016 wahrnehmen.

Stellungnahmen

Der BdB veröffentlichte im Juni 2015 ein **Positionspapier zur ersten Staatenberichtsprüfung der Vereinten Nationen** zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland. Das Positionspapier bestätigt die Empfehlung des zuständigen UN-Fachausschusses, Betreuung als Unterstützungsprozess mit „professionellen Qualitätsstandards“ auszugestalten bzw. abzusichern und fordert die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für eine unterstützungsorientierte Betreuungsarbeit: angemessene Stundenpauschalen und Vergütung, verbindliche Zulassungskriterien und eine unabhängige Berufsaufsicht.

Im Oktober 2015 veröffentlichte der BdB – anlässlich einer diesbezüglichen Initiative der Konferenz der Justizminister/innen (JUMIKO) – ein **Positionspapier zur Ehegatten- bzw. Lebenspartnerbeistandschaft**, um darauf hinzuweisen, dass ein gesetzliches Vertretungsrecht für Ehe- oder Lebenspartner/innen ohne schützendes Betreuungsverfahren mit unkalkulierbaren Risiken für die betroffenen Personen verbunden wäre. Der BdB forderte die Justizminister/innen auf, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen und stattdessen die bestehenden Möglichkeiten – Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und rechtliche Betreuung – zu stärken bzw. nach Maßgabe der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) weiter zu entwickeln.

Des Weiteren reichte der BdB im August 2015 eine **Stellungnahme zum parlamentarischen Antrag der CDU in Nordrhein-Westfalen „Vorsorgen. Vermögen sichern. Betreuung regeln: Nordrhein-Westfalen braucht ein modernes Betreuungswesen!“** beim dortigen Rechtsausschuss ein, um darauf hinzuweisen, dass nicht die Eigensorge „Hauptaufgabe eines modernen Betreuungsrechts“ wäre, sondern die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit.

Mitarbeit in externen Gremien

Nach Abschluss der Staatenberichtsprüfung durch den UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen fand im Juni 2015 das Abschlussplenum der Allianz der deutschen Nichtregierungsorganisationen zur UN-Behindertenrechtskonvention (kurz: BRK-Allianz) statt. Als Mitglied der BRK-Allianz hatte der BdB u.a. am Parallelbericht

der BRK-Allianz zum offiziellen Staatenbericht der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-BRK mitgewirkt. Im Rahmen des Abschlussplenums reflektierten die teilnehmenden Verbände den gemeinsamen Arbeitsprozess ihres sehr heterogenen Zusammenschlusses und bewerteten das Ergebnis der Staatenberichtsprüfung im Hinblick auf die erforderlichen Veränderungen in Politik und Gesellschaft.

Des Weiteren war der BdB in 2015 als Mitglied im Fachausschuss Freiheits- und Schutzrechte beim Inklusionsbeirat der Bundesbehindertenbeauftragten aktiv. U.a. koordinierte er die Unterarbeitsgruppe Betreuungsrecht, die für den Inklusionsbeirat einen neuen Entwurf für eine Stellungnahme zum Betreuungsrecht erarbeitet, der die aktuellen Bewertungen des deutschen Betreuungsrechts durch den UN-Fachausschuss berücksichtigt.

Zudem ist der BdB seit Oktober 2015 Teilnehmer der Verbändekonsultation der deutschen Monitoring Stelle zur Umsetzung der UN-BRK. Die Monitoring Stelle gemäß Artikel 33 Absatz 2 der UN-Konvention ist beim Deutschen Institut für Menschenrechte angesiedelt und überwacht die Umsetzung des Völkerrechtsvertrags. Sie pflegt den Dialog mit der Zivilgesellschaft und berät Politiker/innen in Bund und Ländern sowie Mitarbeitende in Ministerien und Behörden oder Gerichten bei Fragen zur UN-Behindertenrechtskonvention.

Der BdB arbeitet weiterhin im Kasseler Forum mit, einem - bislang - losen Gesprächskreis, in dem sich die Verbände und andere Akteure des Betreuungswesens in unregelmäßigen Abständen treffen, um Fragen des Betreuungswesens zu erörtern und darüber ggf. einen Konsens zu finden. Gelungen ist dies 2015 durch eine Verständigung auf gemeinsame Sofortforderungen zur Verbesserung der Betreuervergütung: Anhebung des Stundensatzes in der obersten Vergütungsgruppe von derzeit 44,- Euro auf 54,- Euro und Anzahl abrechenbarer Stunden (Stundenansätze) von durchschnittlich 3,2 auf künftig durchschnittlich 5,0 Stunden.

Fachlichkeit

Institut für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung (ipb)

Das Institut konzentrierte seine Aktivitäten in 2015 zum einen auf den Ausbau von Angeboten für Einsteiger- und Fachseminare für Berufsbetreuer/innen. Zum anderen bestand ein Schwerpunkt darin, Konzepte für die Übernahme/Unterstützung bei der Organisation der Länderseminare und der Auditierung von Betreuungsbüros zu erstellen.

Zur inhaltlichen Optimierung der Einsteigerseminare traf sich das interne ipb-Dozententeam zweimal im Jahr. Insgesamt wurden neun Einsteigerseminare mit 99 Teilnehmer/innen und fünfzehn Fachseminare mit 130 Teilnehmer/innen bundesweit durchgeführt. In diesem Zusammenhang

INSTITUT FÜR
INNOVATION UND PRAXISTRANSFER
IN DER BETREUUNG



konnte sowohl bei vielen Betreuungsbehörden der Bekanntheitsgrad des Instituts und seiner Angebote erhöht werden als auch die Presse verschiedentlich für eine Berichterstattung gewonnen werden. Nahezu alle Teilnehmer/innen gaben eine sehr gute Bewertung der Inhalte und der Dozent/innen ab.

Durch die Einsteigerberatung am Telefon konnten über 30 neue BdB-Mitglieder gewonnen werden. Knapp 20 Teilnehmer/innen nutzten Fördergutscheine für Einsteigerseminare.



Ausgründung des Instituts

Nach dem Grundsatzbeschluss der Delegiertenversammlung, das bisher als Referat der Geschäftsstelle organisierte Institut für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung (ipb) als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH) auszugründen, hat der Vorstand ein Projekt mit einer Arbeits- und einer Lenkungsgruppe eingesetzt.

Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Iris Peymann, Hilke Wolken-Gretschus und Dr. Harald Freter, hatte den Auftrag, eine Marktanalyse vorzunehmen, die Bedingungen für die Gemeinnützigkeit zu klären, ein Fortbildungskonzept für Landesgruppen und Aktive zu erarbeiten, einen Businessplan zu erstellen, die Personalüberleitung der bisher beim BdB beschäftigten Mitarbeiterinnen zu klären und ein Anforderungsprofil für die Geschäftsführung zu erstellen.

Die Steuerung des Projektes lag bei einer Lenkungsgruppe, der die beiden Vorstandsmitglieder Thorsten Becker und Iris Peymann, der BdB-Geschäftsführer Dr. Harald Freter und drei vom Länderrat entsandte Mitglieder – Ina Kopal, Franka Rump und Siegmund Mücke – angehören. Mit Gründung der gGmbH soll die Lenkungsgruppe in den Aufsichtsrat übergehen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden auch in der September-Sitzung des Länderrats vorgelegt und fanden dort Zustimmung. Auf dieser Grundlage wurde die Position der Geschäftsführung ausgeschrieben. Nach Auswahlgesprächen mit der Lenkungsgruppe hat Frau Prof. Dr. Constanze Sörensen mit Gründung der Gesellschaft am 1.4.2016 ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin aufgenommen und die drei Mitarbeiterinnen gingen auf den neuen Arbeitgeber über.

BdB-Jahrestagung 2015

Mehr Geld und mehr Zeit auf dem Weg zur Profession
Mit „Profession entwickeln! Rechts- und Handlungsfähigkeit sichern“ überschrieb der BdB die Veranstaltung, an der 333 BdB-Mitglieder und Gäste teilnahmen, und setzte damit unmissverständlich die Klammer für seine ganzheitliche Perspektive: auf die Etablierung des eigenen Berufs und die Selbstbestimmung von Klient/innen. Der rote Faden zog sich von Qualität über Standards und Strukturen bis zu rechtlichen, fachlichen und materiellen Rahmenbedingungen. Viel

Austausch und Diskussion machten dabei immer wieder deutlich: Der Weg zur Profession ist noch lang, aber die Richtung stimmt. Dies wurde spätestens beim Thema UN-Behindertenrechtskonvention klar. Erst wenige Tage zuvor hatte Deutschland vom UN-Fachausschuss u. a. attestiert bekommen, dass das deutsche Betreuungsrecht der Konvention in Teilen widerspricht und dringend reformiert gehört. So zog in Goslar von Anfang an der Geist von Genf, dem Ort der Staatenprüfung, seine Runden durch die Tagungsräume des Hotels „Der Achtermann“.

Klaus Förter-Vondey erklärte in seiner Eröffnungsrede: „Wir gehen davon aus, dass 23 Jahre nach Einführung des Betreuungsrechts strukturelle Verbesserungen dringend notwendig sind. Deshalb freuen wir uns, dass das Bundesjustizministerium der Zusage der Bundesregierung im Koalitionsvertrag jetzt mit den angekündigten Untersuchungen auch Taten folgen lässt. Hierin liegt eine Chance, die wir mit unserem bis zum Ende der Legislaturperiode ausgerichteten Leitansatz untermauern wollen“.

Zu eben jenen Untersuchungen nahm Ministerialdirigent Dr. Johannes Christian Wichard aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) Stellung: „Die Praxis der Betreuung muss der UN-Konvention Rechnung tragen. Die Wahrung und Stärkung hilfebedürftiger Erwachsener steht deshalb im Zentrum zweier Forschungsprojekte. Neben einer rechtstatsächlichen Untersuchung, mit der wir Hindernisse bei anderen Hilfen identifizieren wollen, geht es in der zweiten Studie darum, ob es strukturelle Defizite bei ehrenamtlicher und beruflicher Betreuung gibt. Hier steht die Qualität im Fokus und die Frage, ob die Stundensätze den tatsächlichen Aufwand abbilden“, so Wichard. Dem BdB dankte er für dessen angekündigte Kooperation und sagte: „Wir sind auf den Dialog mit der Praxis angewiesen.“

Auch Rainer Petzold, Abteilungsleiter aus dem Justizministerium Niedersachsen, begrüßte die geplanten BMJV-Studien, vor allem in Bezug auf die materielle Misere. Zum Spannungsfeld der steigenden Anforderungen und der mangelhaften Rahmenbedingungen gab er klar zu verstehen: „In der gerichtlichen Praxis sehen wir, dass ein Großteil der Betreuer über eine hohe Qualifikation verfügt und sich trotz großer Belastungen regelmäßig fortbildet und sich in Büros zusammenschließt. Nach zehn Jahren Stagnation bei den Stundensätzen freuen wir uns auf verlässliche Untersuchungsergebnisse, auch was die Stundenzahl angeht“, so Petzold. Im niedersächsischen Landtag, so verriet er abschließend, lägen aus den Fraktionen von CDU und FDP bereits Anträge auf Vergütungserhöhung vor.

Peter Winterstein, Vorsitzender des Betreuungsgerichtstages (BGT) betonte: „Die Rahmenbedingungen sind nicht darauf ausgerichtet, Betroffenen Beratung und Unterstützung, wie im Gesetz gedacht, zukommen zu lassen. Fremdbestimmen ist einfach und zeitsparend, aber ist nicht im Sinne des Gesetzes.“ Vor diesem Hintergrund begrüßte er auch das Tagungsmotto des BdB: „Ein guter Mensch zu sein, reicht nicht. Ausbildung und Zulassung sind nur per Gesetz möglich.“ Insbesondere beim Thema Zwangsbehandlung gestaltet sich die Aufgabe, den Willen zu erkunden und die Selbstbestimmung zu achten, als besonders anspruchsvoll für Betreuer/innen. Umso erfreulicher das Lob von Ruth Fricke, Vorsit-

zende des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener an die Versammlung: „Ich finde es wichtig, dass Ihr Verband viel Wert auf Qualitätsentwicklung legt. Bei Zwangsmaßnahmen sind BPE und BdB eng beieinander, und ich hoffe auf weitere gute Zusammenarbeit!“

Noch mehr „Rückenwind“ für eine starke Profession gab schließlich Prof. Dr. Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung (SZ). Er griff in seinem Vortrag die zahlreichen Schief lagen im Sozialsystem und auch in der Betreuung auf und analysierte pointiert, scharfzünftig und nachdenklich gesellschaftspolitische Entwicklungen. „Ich bin der festen Überzeugung, dass sich darin, wie unsere Gesellschaft mit den alten und sehr alten Menschen umgeht, die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet. Ich glaube nämlich, dass unsere Gesellschaft etwas sehr Wichtiges lernen muss – und dass ganz besonders Berufsbetreuer zu den Lehrern gehören.“ Sein Plädoyer für eine professionelle Unterstützung hilfebedürftiger Menschen knüpfte der ehemalige Richter direkt an das 1992 ins Leben gerufene Betreuungsrecht an. Prantl: „Ein Leuchtturmggesetz, das die Entmündigung abgeschafft und es den Richtern aufgegeben hat, für spezifische Problemlagen individuelle Betreuungslösungen zu finden.“ Das Gesetz habe zwar das richtige Signal zur richtigen Zeit gesetzt, doch die Zeit habe es nicht begriffen. Prantl kritisierte: „Das Betreuungsgesetz wurde und wird totgespart. Gute Betreuung gibt es nicht umsonst, und das Ehrenamt ist kein billiger Ersatz für den Sozialstaat.“ Ergo sei der starke Staat für ihn einer, der Betreuung „nicht nur mit Peanuts belohnt“.

Damit sprach Prantl in seiner später viel gelobten Rede das an, worin der BdB zwingende Voraussetzungen für Qualität sieht: ausreichend Zeit und Geld – und das sofort. Ohne dies könne der Weg zur Profession und zu mehr Selbstbestimmung für die Klient/innen nicht gelingen. Eine Kausalität, die auch Klaus Förter-Vondey in seinem Eröffnungsvortrag skizzierte. Die Betreuung bringe die notwendige Qualität und Fachlichkeit mit, um bei den Klient/innen Selbstverantwortung zuzurüsten, sie in ihrer internen Disposition zu stärken. Seine Forderungen: „Strukturelle Verbesserungen müssen vor allem bei den Klient/innen ankommen. Betreuung sollte als unabhängige Unterstützung verstanden werden, dazu braucht

es auch einen neuen Behinderungsbegriff – weg von einem medizinischen hin zu einem sozialen.“ Daneben gelte es, so Förter-Vondey, die Professionalisierung durch Zulassungsverfahren und Betreuungsmanagement voranzutreiben und einen sozialrechtlichen Anspruch auf Besorgungsleistungen zu verankern. „Um das aber leisten zu können, sind materielle Verbesserungen für die Betreuung zwingende Voraussetzung“, schlussfolgerte Förter-Vondey.

Dass der BdB auf einem guten Weg der Professionalisierung z.B. durch das Qualitätsregister oder mit der Idee einer Berufskammer ist, bescheinigte Prof. Dr. Flemming Hansen (Ostfalia Hochschule für Angewandte Wissenschaften Braunschweig/Wolfenbüttel) dem Auditorium. Er referierte über Standards in der sozialen Arbeit und die Herausforderungen, diese für die Betreuung zu entwickeln. „Rechtlich wird der Klient als Objekt von Fürsorge gesehen, sozial als Subjekt, das für Hilfeleistungen aktiv werden muss. Daher braucht es Verfahren, die den nicht-technischen Kern von Betreuung nicht so stark angreifen.“ Im besten Fall, so Hansen, seien Standards Handlungskorridore und Kommunikationsbrücken.

Um die Perspektiven von Qualität in der Betreuung ging es auch in der abschließenden Podiumsdiskussion mit den behindertenpolitischen Sprecher/innen der Bundestagsfraktionen und dem von der Delegiertenversammlung am zweiten Tag der Jahrestagung frisch gekürten BdB-Vorsitzenden Thorsten Becker. Neben den Konsequenzen der Staatenprüfung zur UN-BRK tauschte sich die Runde auch zu den strukturellen Veränderungen im Betreuungsrecht aus, so wie es der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorsieht. Uwe Schummer (CDU/CSU) erklärte: „Ich hoffe, dass sich der Handlungsdruck durch die Untersuchungen des BMJV und den UN-Staatenbericht verschärft und sich noch in dieser Legislaturperiode etwas tut. Entscheidend ist aber, dass Bund und Länder sich einig werden.“ Dem entgegnete Thorsten Becker: „Die Strukturen in der Betreuung in Ruhe anzugucken, ist das eine. Dies steht aber im krassen Gegensatz zu unseren schlechten



Prof. Dr. Heribert Prantl



Rahmenbedingungen. Wir haben die Mittel für eine unterstützte Entscheidungsfindung in der Hand, aber nicht die Zeit und das Geld, dies umzusetzen. Daher fordern wir sofort mehr Zeit und Geld. Für die längerfristigen strukturellen Veränderungen gilt: Der BdB beteiligt sich konstruktiv an

den Untersuchungen. " Ihm zur Seite sprang Corinna Rüffer (Bündnis 90 / Die Grünen): „Um unzureichende Vergütung und mangelnde Zeit nachzuweisen, braucht man keine Tatsachenforschung, sondern politischen Willen.“ In anderen Worten formulierte Jörn Wunderlich (Die Linke) seine Kritik an den Regierungsparteien: „Bei der Vergütung haben wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.“ Becker schilderte noch einmal das Dilemma, das die konkrete Forderung von zunächst 54 Euro pro Stunde und fünf Stunden pro Fall begründet: „Wir können uns nicht einfach durch mehr Fälle retten, es gehen reihenweise Betreuer in die Insolvenz, das ist Deprofessionalisierung.“

Tatsächlich schien sich in diesem Punkt so etwas wie die große Koalition von Goslar zu bilden – und die unterstrich, dass es in Sachen Finanzierung bei den Bundesländern klemmt. „Wenn es nach dem Bund geht, wäre das Geld da. 54 Euro finde ich realistisch und auch umsetzbar. Deshalb lasst uns darüber reden, wie wir solch ein Hilfspaket anschieben können. Aber helfen Sie mit, dass jedes Ihrer Länder genauso mit dabei ist“, rief Schummer den BdB-Mitgliedern zu. Eine Vorlage, die Wunderlich vor 350 Zuhörer/innen dankend annahm: „Herr Schummer, wir könnten uns also nach der Diskussion hinsetzen und einen Antrag schreiben, der Bund könnte die Anregung in die Länder geben, am besten fraktionsübergreifend.“ Auch zum Tagungsthema Professionalisierung wurde Stellung bezogen: „Ich finde es sinnvoll, dass Professionalisierung nicht politisch entwickelt wird, sondern von Ihnen selbst“, ermutigte Uwe Schummer den BdB. Grünen-Vertreterin Rüffer betonte, dass eine Profession Betreuung auch das politisch gewollte Ehrenamt stärke.

Politisches Fazit der Jahrestagung 2015: Starke positive Signale von den Vertretern der Politik und Ministerialebene – mehr Anerkennung für die Arbeit von Berufsbetreuer/innen und die Positionen des BdB.

Über den thematischen Fokus hinaus behandelte die Jahrestagung 2015 – im Rahmen von Arbeitsgruppen und Foren – ein breites Spektrum an betreuungsrelevanten Themen. In 10 Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmer/innen unter anderem über das mögliche Spannungsverhältnis zwischen Selbstbestimmungsrecht der Klient/innen und beruflichen Haftungsrisiken, über die Möglichkeiten der Umsetzung Persönlicher Budgets, über Standards in der Gesundheits-sorge, über Qualitätskriterien in der Betreuung von Menschen mit Demenz und andere wichtige Themen aus der Betreuungspraxis. Jede Arbeitsgruppe formulierte auf der Grundlage des intensiven fachlichen Austauschs Kernthesen oder auch Leitideen zum jeweiligen Themenfokus. Im Rahmen der Foren – die als größere Diskussionsveranstaltungen mit kurzen fachlichen bzw. politischen Inputs konzipiert sind – befassten sich die Teilnehmer/innen mit der strukturellen Weiterentwicklung von Betreuung, mit betreuungsfachlichen Standards zur Vermeidung von Zwangsbehandlungen, mit aktuellen Entwicklungen in der Eingliederungshilfe und der Qualitätsrelevanz schlechter beruflicher Rahmenbedingungen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des BdB erfolgte 2015 von zwei PR-Agenturen und einem IT-Dienstleister unter der Koordination des neuen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit. Die Hamburger Agentur ah Kommunikation ist redaktionell für die Verbandszeitschrift *bdbaspekte* (exklusive des Teils forum & fakten) sowie die Fachzeitschrift *kompass* zuständig. Auch wurden mit ihr diverse Flyer sowie mehrere Infoblätter („Factsheets“) produziert. *mediamor* aus Cuxhaven erarbeitet Layout und Satz des Bereichs *forum & fakten* innerhalb der Verbandszeitschrift *bdbaspekte*, realisiert deren Druck und Vertrieb, stellt für den Verband Flyer und Infomaterial her und ist IT-Dienstleister, zum Beispiel für die drei Internetportale des BdB. Die Berliner Agentur *nic communication & consulting* ist mit der Presse- und Medienarbeit des Verbandes beauftragt, wobei ein Schwerpunkt auf der Unterstützung der Landesgruppen in deren Öffentlichkeitsarbeit liegt – diesbezüglich auch bei der Vor- und Nachbereitung von Gesprächen mit politischen Mandatsträgern und/oder der Ministerialebene.

Internet

Der BdB betreibt drei Internetportale: die Homepage des Verbandes (www.bdb-ev.de), die Internetseiten des Qualitätsregisters (www.bdb-qr.de) sowie die Weiterbildungsseite (www.bdb-weiterbildung.de) mit bundesweiten Seminarangeboten.

Die BdB-Homepage wurde zum Leitmedium des Verbandes ausgebaut. Auf der Basis der bestehenden Homepage wurde 2015 eine umfangreiche Weiterentwicklung unter der Zielsetzung höherer Servicefreundlichkeit, Aktualität und verstärkter Präsenz der Landesgruppen vorangetrieben. Die Startseite wurde in einem ersten Schritt zu einem Spiegel der umfangreichen Aktivitäten des Verbandes ausgebaut. Dabei wurden Meldungen aus den Landesgruppen mit einbezogen. Zudem wurde die Aktivleiste „Neues aus den Landesgruppen“ geschaffen, durch die per Verlinkung auf die einzelnen Homepage-Unterseiten der Landesgruppen geführt wird – ein erster wichtiger Schritt, um die eigenständigen Präsentationsmöglichkeiten der Landesgruppen auszubauen und deren öffentliche Wahrnehmung zu forcieren.



Auf diesen Maßnahmen aufbauend wurde ein Konzept für eine intuitive, nutzerfreundlichere Führung auf der Startseite in und durch die Homepage erstellt. Neben der Neugestaltung beinhaltet die Maßnahme zu einem großen Teil auch die umfassende Überarbeitung von Funktionalitäten und administrativen Bearbeitungsmodi. Die Umsetzungsarbeiten dazu haben Ende des vierten Quartals 2015 auf einer (nicht sichtbaren) Betaversion der BdB-Homepage begonnen.

Nach der Beendigung der Arbeiten für die BdB-Homepage werden die Homepages des ipb und des BdB-Qualitätsregisters überarbeitet.

Print

2015 erschienen vier reguläre Ausgaben der Verbandszeitschrift *bdbaspekte* und zwei Ausgaben des *kompass*, der Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement, deren Herausgeber der BdB ist.



Im Bundesanzeiger Verlag erscheint die Zeitschrift *BtPrax*, in deren Herausgeberbeirat der BdB durch den aktuellen Vorsitzenden Thorsten Becker sowie durch dessen Vorgänger Klaus Förter-Vonvey vertreten ist. *BtPrax* erscheint sechsmal im Jahr. Darin veröffentlicht der BdB regelmäßig aktuelle Verbandsinformationen.

Neben der Neukonzeption und Überarbeitung zahlreicher Flyer entstanden vier Factsheets („Was ist rechtliche Betreuung“

„Betreuung braucht Qualitätssicherung“ / „Betreuungsvereine“) sowie das Forderungsflugblatt „Betreuung muss Profession werden!“. Aus diesem Material erhielt jede Landesgruppe ein umfangreiches Grundausrüstungspaket zur Nutzung bei ihrer Interessenvertretungsarbeit.

Pressearbeit

Im Zentrum der Pressearbeit standen 2015 die Sofortforderungen des BdB nach mehr Zeit für Klient/innen und höheren Stundensätzen für Berufsbetreuer/innen. Die Botschaft, dass Betreuung noch in dieser Legislaturperiode mit mehr Zeit und höherer Vergütung ausgestattet werden muss, zog sich als roter Faden durch die meisten Pressemitteilungen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Landesgruppen und Bettina Melzer (nic communication & consulting) intensivierte sich weiter. Ziel war und ist es weiterhin, die Pressearbeit der Landesgruppen optimal zu koordinieren, um zeitnah Pressemitteilungen zu verfassen und mit den politischen Ansprechpartnern abzustimmen und so den zeitlichen Abstand zwischen Gespräch und Veröffentlichung, u.a. in Nachrichtenportalen, aber auch auf der BdB-Homepage, zu minimieren.

Im Frühjahr 2015 hatte Bettina Melzer in einem Mailing alle Magazin-Redaktionen angeschrieben und die Expertise des BdB sowie Unterstützung bei der Umsetzung von Drehvorhaben angeboten. Der enge Kontakt zu den Redaktionen hat dazu geführt, dass der BdB als Experte zunehmend ernst genommen und nachgefragt wird – auf Landesgruppen- wie auf Bundesvorstandsebene. Immer häufiger melden sich auch Fernsehredaktionen wie WDR, Bayerischer Rundfunk oder ZDF beim BdB, wenn sie einen kompetenten Gesprächspartner benötigen, der (oft auch kritische) Fälle einordnet. So gab beispielsweise der BdB-Vorsitzende Thorsten Becker im Juli 2015 der WiSo-Redaktion (ZDF) ein ausführliches Interview zum Thema Betreuungsverfügung. Die Informationen flossen in die sogenannte Monats-CD-ROM von WiSo ein, in der Hintergrundinformationen zu bestimmten Themen zusammengestellt werden, ein Service für die Zuschauer der Sendung.

Im Februar 2015 zeigte das ZDF das Filmdrama „Sein gutes Recht“ mit Thekla Carola Wied und Matthias Habich in den Hauptrollen. Der 90-Minüter thematisierte den Umgang mit Demenz und rechtlicher Betreuung. Unmittelbar nach dem Film schloss sich eine 30-minütige Dokumentation an. Bereits Monate vor der Ausstrahlung stand Bettina Melzer im Kontakt mit der Co-Autorin Andrea Klütting von der Produktionsfirma „Zeitsprung Pictures“. Sie lieferte Hintergrundinformationen, vermittelte Gesprächspartner, mit Friedhelm Hantusch einen der Protagonisten und mit Peter Winterstein einen der Interviewpartner der Dokumentation. Da der Spielfilm bereits im Herbst 2014 bei ARTE gezeigt wurde, bot sich die Gelegenheit, inhaltliche Fehler zu dokumentieren, was der BdB-Rechtsreferent Kay Lütgens übernahm. Autorin Klütting berücksichtigte in ihrem durchaus kritischen Bericht zahlreiche Anmerkungen des Papiers. Hintergrundinformationen des BdB flossen außerdem in die Texte der ZDF-Pressemappe ein.



Im März 2016 wurde im ZDF die Reportage „Wenn das Leben aus dem Ruder läuft“ im Format „37 Grad“ ausgestrahlt. Der Film von Jana Lindner und Oliver Matthes stellt den Alltag von Berufsbetreuer/innen in den Mittelpunkt. Einer der beiden Protagonisten ist Siegmund Mücke von der Landesgruppe Thüringen. Der Film geht auf eine Anregung von Bettina Melzer zurück. Im Sommer 2014 hatte sie der Leipziger Produktionsfirma „miamedia“ Christian Kästner als Protagonisten für das MDR-Format „Exakt – die Story“ vermittelt. Mit Autor Oliver Matthes stand sie auch nach der Ausstrahlung in engem Kontakt und schlug „37 Grad“ als Reportage-Format vor. Den Dreharbeiten im Spätsommer 2015 ging ein aufwändiges Betreuer/innen- und Klient/innen-Casting voraus, das aktiv von der BdB-Geschäftsstelle

in Hamburg und den Landesgruppen in ganz Deutschland unterstützt wurde.

Das Klient/innen-Casting in Form von Videointerviews führte zu einem Bericht in der rbb-Sendung „zibb“, zu dem Thomas Behrendt aus Berlin als Studiogast eingeladen wurde. Im Filmbericht wurde das Schicksal eines seiner Klienten vorgestellt. Im Anschluss erläuterte Thomas Behrendt die wichtigsten Hintergrundinformationen zum Thema Betreuung.

Zwar sind in der Medienberichterstattung weiterhin, gerade bei Einzelschicksalen, tendenziell eher skandalisierende Beiträge über Missstände in der rechtlichen Betreuung zu beobachten. Jedoch ist der Trend zu einer vorurteilsfreieren Recherche und Berichterstattung über die Arbeit von Betreuer/innen deutlich erkennbar.

BdB-Pressemitteilungen 2015

- 15.01.2015 BdB Sachsen**
Berufliche Betreuung braucht bessere Rahmenbedingungen
- 19.01.2015 Geschäftsstelle**
Qualifikation und Vergütung von Betreuung auf dem Prüfstand BMJV plant rechtstatsächliche Untersuchung
- 20.01.2015 BdB Hamburg**
Psychisch Kranke kommen nicht zu Ihrem Recht. Ein Jahr Umbau der ambulanten Sozialpsychiatrie
- 26.01.2015 BdB Hamburg**
Berufsbetreuung am Pranger
- 28.01.2015 BdB Sachsen**
Starke Stimme aus Sachsen für mehr Qualität in der Betreuung. MdB Michael Kretschmer (CDU) unterstützt Forderung nach besseren Rahmenbedingungen
- 29.01.2015 Geschäftsstelle**
54 Euro Stundensatz, fünf abrechenbare Stunden, Dynamisierung. Verbände des Betreuungswesens fordern Reform des Vergütungssystems
- 09.02.2015 Geschäftsstelle – BdB RLP**
Fünf Jahre Haft und lebenslanges Berufsverbot. Urteil des Landgerichts Trier im Prozess gegen kriminellen Berufsbetreuer
- 23.02.2015 BdB Sachsen**
Mehr Aufmerksamkeit für Berufsbetreuung. Treffen der Fraktion DIE LINKE mit BdB-Landesgruppe Sachsen
- 24.02.2015 Geschäftsstelle**
Sind Berufsbetreuer wirklich Berufsbetreuer? Behördenfehler geht zu Lasten von Berufsbetreuerinnen und -betreuern.
- 04.03.2015 BdB Sachsen**
Rechte Behinderter stärken mithilfe der rechtlichen Betreuung. Sachsen Staatsminister für Justiz Sebastian Gemkow setzt auf den Dialog mit dem BdB.
- 11.03.2015 Geschäftsstelle – BdB SH**
Betreuung muss Profession werden. Die Grünenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag unterstützt BdB-Forderung
- 17.03.2015 Geschäftsstelle**
Neues Konzept für Beschwerdemanagement. Schnellere Bearbeitung durch Regionalisierung: Schlichter sollen Konflikte lösen.
- 18.03.2015 Geschäftsstelle**
Neues Konzept für Beschwerdemanagement. Regionale Schlichter wollen Betreuungsgerichte und -behörden entlasten.
- 19.03.2015 BdB Bremen**
Qualität und Vergütung in der rechtlichen Betreuung. Einladung zum Fachgespräch am 24. März 2015 in Bremen
- 19.03.2015 BdB BaWü**
Depression – eine Volkskrankheit. Betreuer tag in Ostfildern rückt das Tabuthema ins Rampenlicht
- 27.03.2015 BdB Bremen**
Betreuung sichert Menschenrechte – Betreuung braucht Qualität. Fachgespräch zu Qualität und Vergütung in Bremen
- 15.04.2015 Geschäftsstelle**
Profession entwickeln – Rechts- und Handlungsfähigkeit sichern. Jahrestagung des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen in Goslar
- 23.04.2015 Geschäftsstelle**
Deutsches Betreuungsrecht nicht vereinbar mit UN-Behindertenrechtskonvention. BdB sieht seine Forderungen vom UN-Fachausschuss bestätigt
- 23.04.2015 Geschäftsstelle**
Hilfebedürftigkeit ist keine Störung – sie gehört zum Menschsein. SZ-Journalist Heribert Prantl spricht Keynote auf der Jahrestagung des BdB in Goslar
- 25.04.2015 Geschäftsstelle**
Thorsten Becker ist neuer Vorsitzender des BdB. Der Verband fordert Qualitätsstandards in der Betreuung und ein leistungsgerechtes Vergütungssystem
- 05.05.2015 BdB Hessen**
CDU-Fraktion im Hessischen Landtag unterstützt Forderungen des BdB. BdB Landesgruppensprecher Harald Kalteier zu Gast bei der Arbeitnehmergruppe
- 21.05.2015 Geschäftsstelle**
Gemeinsames Engagement zur Rettung der Betreuungsvereine. BdB sucht Bündnis mit Wohlfahrtsverbänden und Bundeskonferenz der Betreuungsvereine.
- 09.06.2015 BdB Hamburg**
Berufsbetreuer leisten eine wertvolle soziale Arbeit. Leserbrief zum Artikel „Mauschelei bei der Vergabe von Betreuungen“ (4./5. Juni)
- 10.06.2015 Geschäftsstelle**
Jahrhundertreform „Betreuungsrecht“ muss fortgeführt werden. BdB formuliert Positionspapier zu Staatenberichtsprüfung der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland

11.06.2015	BdB RLP Berufsbetreuer werden zu schlecht bezahlt. Justizminister Gerhard Robbers unterstützt BdB-Forderung nach höheren Stundensätzen	12.10.2015	Geschäftsstelle „Sie haben in mir einen Mitstreiter. MdB Matthias Bartke (SPD) unterstützt bessere Rahmenbedingungen in der Betreuung.“
22.06.2015	BdB Hessen – Geschäftsstelle Keine Angst vor der rechtlichen Betreuung. Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. auf dem Deutschen Seniorentag 2015	20.10.2015	Geschäftsstelle Übernahme von Dolmetscherkosten. BdB schlägt Änderung im Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) vor
30.06.2015	BdB RLP Berufsbetreuer – ein hochkomplexer Beruf. BdB Landesgruppe RLP trifft Dr. Fred Konrad, B90/Die Grünen	28.10.2015	BdB Bayern „Für eine maßvolle Erhöhung haben Sie meine Unterstützung.“ Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback referierte auf dem Betreuungsgerichtstag in Nürnberg
01.07.2015	BdB RLP Berufsbetreuung ist chronisch unterfinanziert. BdB Rheinland-Pfalz trifft Kathrin Anklam-Trapp und Heiko Sippel (MdL, SPD)	02.11.2015	BdB Sachsen Mehr Geld für Bereuungsvereine. BdB begrüßt die von der sächsischen Landesregierung vereinfachten Förderbedingungen als ersten Schritt in die richtige Richtung.
02.07.2015	BdB Hessen – Geschäftsstelle Teilhabe an der Gesellschaft dank rechtlicher Betreuung. BdB auf Podiumsdiskussion des Deutschen Seniorentags 2015	12.11.2015	BdB Bremen Bessere Rahmenbedingungen kommen Betroffenen zu Gute. Fachtag in Bremen „Qualität in der rechtlichen Betreuung: Gestern – heute – morgen“
23.07.2015	BdB Berlin Es fehlt an Zeit für Klient/innen. MdB Eva Högl (SPD) beim Praxistag in Berliner Betreuungsbüro	Ohne VÖ	BdB Bremen Bremens Justizstaatsrat Matthias Stauch will Lösung bei Dolmetscherkosten.
24.07.2015	BdB RLP Pauschalierung passt nicht mehr zur Realität. Rheinland-pfälzische Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler unterstützt BdB.	12.11.2015	BdB Schleswig-Holstein Positives Interesse der Politik. Treffen mit SPD-Fraktion im Kieler Landtag
28.08.2015	BdB BaWü Berufsbetreuer kritisieren Notariate. Behinderte und psychisch kranke Menschen sind die Leidtragenden.	19.11.2015	BdB Bayern Berufliche Betreuung braucht Zukunft. CSU-Abgeordnete Gudrun Brendel-Fischer thematisiert bessere Rahmenbedingungen in der Betreuung auf Parteitag
02.09.2015	BdB Bayern – Noch ohne VÖ Berufliche Betreuung braucht Zukunft. CSU-Abgeordnete Gudrun Brendel-Fischer setzt sich für bessere Rahmenbedingungen in der Betreuung ein.	23.11.2015	BdB Bayern „Wir schätzen Ihre wichtige und verantwortungsvolle Arbeit“
02.09.2015	BdB Brandenburg Schrumpfen, streichen, Kosten senken – Können wir uns berufliche Betreuung noch leisten. Brandenburgischer Betreuerstag in Angermünde am 9.9.2015	27.11.2015	BdB Bayern CSU prüft bessere Rahmenbedingungen in der Betreuung. CSU-Parteitag verweist Antrag von Gudrun Brendel-Fischer an CSU-Landesgruppe im Bundestag
09.09.2015	BdB Sachsen Es muss etwas passieren. MdB Frank Heinrich (CDU) unterstützt Forderungen des BdB nach besseren Rahmenbedingungen für die rechtliche Betreuung	30.11.2015	BdB Hessen SPD-Fraktion ergreift Initiative für Qualität in der Betreuung
24.09.2015	BdB Thüringen Fachlichkeit, Professionalisierung und bessere Rahmenbedingungen. Im World Café Erfurt wurde über Qualität in der Betreuung diskutiert	14.12.2015	BdB RLP Bessere Bedingungen für Berufsbereuer/innen
05.10.2015	BdB Berlin Presseeinladung: Rechtsprechung im Betreuungsrecht. Das 15. Berliner Forum zum Betreuungsrecht diskutiert aktuelle Entwicklungen	21.12.2015	Geschäftsstelle Vergütung: Untersuchungsergebnisse bereits im November 2016

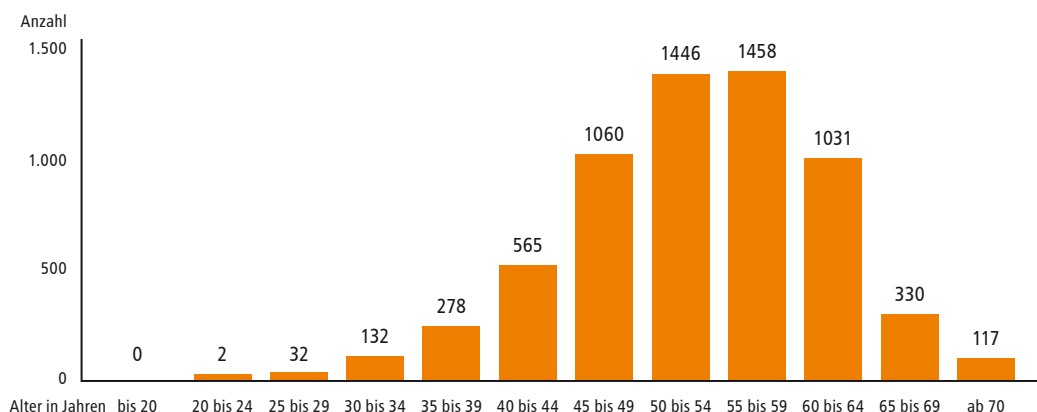
Mitgliederentwicklung

Im Jahre 2015 konnte der BdB 418 Eintritte verzeichnen. 28 Mitglieder verließen unterjährig durch Ausschluss oder Tod den Verband. Bei 6.380 Mitgliedern zu Jahresbeginn hatte der BdB damit am 31.12.2015 6.770 Mitglieder. Da zum Jahresende 2015 327 Mitglieder aus dem Verband austraten und 36 im Jahr 2015 zum 1.1.2016 eintraten, hatte der Verband am 1.1.2016 einen Mitgliederbestand von 6.479. Der Altersdurchschnitt der BdB-Mitglieder liegt bei 53 Jahren, auch die Neueintritte liegen überwiegend im Alterssegment 45 – 59 Jahre. Häufigster Grund für den Austritt aus dem Verband ist die „Berufsaufgabe aus Altersgründen“, gefolgt von wirtschaftlichen und beruflichen Gründen. Daraus

ergibt sich als Herausforderung an den Verband, wie einer gewissen Überalterung begegnet werden kann.

Immer wichtiger wird daher für den BdB, neue Mitglieder zu gewinnen, um die Repräsentativität für den gesamten Berufsstand weiter zu gewährleisten, seine Verhandlungsmacht gegenüber der Politik weiter zu stärken und nicht zuletzt die ökonomische Basis für die weiter expandierende Verbandsarbeit sicherzustellen. Hinzu kommt das Erfordernis, auch für die im Verband zu besetzenden ehrenamtlichen Führungsaufgaben Nachwuchs zu gewinnen. Die Mitglieder sind die Legitimationsgrundlage für den Verband. Modernes Verbandsmanagement bedeutet daher, die Mitglieder in den Mittelpunkt aller Aktivitäten zu stellen.

MITGLIEDER IM BDB WERDEN IMMER ÄLTER



* In der Statistik sind die Betreuungsvereine als Mitglieder nicht berücksichtigt.

Eine beständig wachsende Mitgliederzahl ist ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg, Daher muss der BdB eine zukunftsorientierte Strategie für einen nachhaltigen Mitgliederbestand entwickeln. Dazu gehört es auch, den Mehrwert einer Mitgliedschaft im Verband („Warum lohnt es sich, Mitglied im BdB zu sein?“) verstärkt zu kommunizieren.

Finanzen

Grundlage der Finanzplanung war der vom Länderrat am 19./20.2.2015 beschlossene Wirtschaftsplan für das Jahr 2015. Die ursprüngliche Planung sah einen Ausgleich des Wirtschaftsplans durch eine Entnahme aus der Geldrücklage in Höhe von 255.400,- Euro vor. Durch sparsame Bewirtschaftung im Vollzug des Wirtschaftsplans und einige Kürzungsmaßnahmen konnte dieser Betrag auf ca. 132.000,- Euro (unter Berücksichtigung der Abschreibungen) reduziert werden. Deutlich ist aber, dass durch die Expansion des Verbandes und zunehmende Aufgabenfülle ein strukturelles Defizit bestand, dass nur noch für begrenzte Zeit durch Entnahmen aus der Geldrücklage hätte ausgeglichen werden können. Deshalb war die Beitragserhöhung zum 1.1.2016 erforderlich.

Die Systematik der Kostenstellen bildet die Struktur des Verbandes ab. Auf ihrer Grundlage erhält der Vorstand regelmäßige Berichte über den Finanzstatus, ebenso der Länderrat auf seinen Sitzungen. Der Wirtschaftsplan wird inzwischen ebenfalls nach dieser Kostenstellensystematik aufgestellt und dem Länderrat zur Entscheidung vorgelegt. Die Geschäftsstelle hat Anfang 2016 den vorläufigen Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2015 erstellt. Dieser so

erstellte Abschluss wurde dem Länderrat in seiner Sitzung vom 18./19.2.2016 vorgestellt mit dem Hinweis, dass eine abschließende Erstellung durch den Steuerberater des Verbandes noch aussteht und insbesondere die Abschreibungen noch einberechnet werden müssen.

Der Steuerberater des Verbandes, Herr Dirk Nannen, hat den Jahresabschluss 2015 sowohl in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung als auch in der Kostenstellensystematik erstellt. Nachstehende Tabelle enthält die Darstellung der Kostenstellen. Dabei wurde ein Vergleich der Planzahlen des Wirtschaftsplans vorgenommen. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach handelsrechtlicher Systematik erstellt und wird hier nicht im Detail dargestellt, da eine Überführbarkeit in das Ergebnis der Kostenstellenrechnung gegeben ist. Festzustellen ist lediglich, dass die Kostenstellenrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von -131.990,94 Euro abschließt, die Entnahme aus der Geldrücklage beträgt -108.727,76 Euro. Der Unterschied ergibt sich daraus, dass die Anschaffungskosten insbesondere für die neue Verwaltungssoftware und Einrichtungsgegenstände in den neuen Räumen der Geschäftsstelle kostenmäßig auf mehrere Jahre verteilt abgeschrieben wurden, während vom Zahlungsfluss die Ausgaben insgesamt verbucht wurden.

Kostenstellenrechnung

1. Einnahmen	Plan €	Ist €
Mitgliedsbeiträge	1.356.200,00	1.360.135,82
Jahrestagung	54.500,00	59.502,00
Jahrestagung Werbung	0,00	2.230,00
Werbung	20.000,00	13.169,95
Lizenzen Kooperationspartner	54.000,00	61.493,92
Zeitschriftenverkauf, Bücher, Flyer	700,00	837,29
Sonstige Einnahmen	0,00	9.790,34
Zinserlöse	0,00	603,36
Gesamt	1.485.400,00	1.507.762,68

2. Verbandsorgane	Plan €	Ist €
Länderrat	40.000,00	28.760,16
Aufwandsentschädigungen des Vorstands	80.000,00	91.194,00
Vorstand intern	21.000,00	23.663,99
Vorstand Lobbyarbeit	12.000,00	7.189,47
Vorstand Sonstige Ausgaben	2.500,00	3.306,68
Gesamt	155.500,00	154.114,30

3. Verbandsorgane	Plan €	Ist €
Schiedskommission	1.000,00	86,00
BAGs / AGS	25.000,00	17.324,76
Beirat Qualitätssicherung	16.000,00	12.789,13
	42.000,00	30.199,89

4. Verband/Geschäftsstelle	Plan €	Ist €
Geschäftsstelle ¹	655.300,00	651.816,89
Verband	38.000,00	51.132,24
Politische Projekte	15.000,00	19.428,01
Politische Aktionen	75.000,00	7.044,06
Organisationsentwicklung	54.000,00	34.085,78
Öffentlichkeitsarbeit	85.000,00	89.604,60
Beratungssystem	32.000,00	33.205,86
Beschwerdestelle	2.000,00	1.511,40
aspekte	180.000,00	192.352,99
kompass	87.000,00	101.033,38
	1.223.300,00	1.181.215,21

1 Zur Aufgliederung der Geschäftsstellenpositionen in Tabelle 11.

5. Landesgruppen ¹	Plan €	Ist €
LG Baden-Württemberg	12.300,00	8.758,28
LG Bayern	6.100,00	-493,64
LG Berlin	8.800,00	2.760,83
LG Brandenburg	5.300,00	2.705,39
LG Bremen	6.100,00	7.222,61
LG Hamburg	7.100,00	2.150,89
LG Hessen	8.000,00	5.164,75
LG Mecklenburg-Vorpommern	7.300,00	6.764,80
LG Niedersachsen	12.100,00	3.849,57
LG Nordrhein-Westfalen	9.000,00	5.036,34
LG Rheinland-Pfalz	8.200,00	1.127,94
LG Saarland	4.300,00	1.172,57
LG Sachsen	8.800,00	176,63
LG Sachsen-Anhalt	8.100,00	4.368,00
LG Schleswig-Holstein	8.600,00	1.096,10
LG Thüringen	7.500,00	4.941,59
	127.600,00	56.802,65

1 Es handelt sich bei dem Ausweis um saldierte Werte, unmittelbar den Kostenstellen zuzuordnende Einnahmen wurden mit erfasst.

6. ibp ¹	Plan €	Ist €
ibp Allgemein ²	108.500,00	115.236,95
ibp Seminare (Zuschussbudget)	-34.000,00	-22.183,03
ibp Sonstige Veranstaltungen	3.000,00	5.472,44
	77.500,00	98.526,36

1 Es handelt sich bei dem Ausweis um saldierte Werte, unmittelbar den Kostenstellen zuzuordnende Einnahmen wurden mit erfasst.

2 Zur Aufgliederung der ibp Allgemein siehe Darstellung in Tabelle 12.

7. Tagungen / Konferenzen	Plan €	Ist €
Jahrestagung	120.000,00	117.081,66
Fachkonferenzen	0,00	0,00
	120.000,00	117.081,66

8. Qualitätsregister ¹	Plan €	Ist €
Qualitätsregister	-5.100,00	1.813,55
	-5.100,00	1.813,55

1 Zur Aufgliederung des Qualitätsregisters siehe Darstellung in Tabelle 13

9. Zusammenfassung	Plan €	Ist €
Verbandsorgane	155.500,00	154.114,30
Verbandsorgane	42.000,00	30.199,89
Verband / Geschäftsstelle	1.223.300,00	1.181.215,21
Landesgruppen	127.600,00	56.802,65
ibp	77.500,00	98.526,36
Tagungen / Konferenzen	120.000,00	117.081,66
Qualitätsregister	-5.100,00	1.813,55
	1.740.800,00	1.639.753,62

10. Ergebnis	€	€
Mitgliedsbeiträge	1.360.135,82	
Leistungsentgelte	303.266,04	
Sonstige betriebliche Erträge	12.152,53	
Zinserträge	603,49	
Zwischensumme	1.676.157,88	
davon bereits den Kostenstellen zugeordnet:	-168.395,20	1.507.762,68
Ausgaben		1.639.753,62
Jahresergebnis lt. Kostenstellenrechnung		-131.990,94

11. Geschäftsstelle	€	€
Gehälter		
Gehälter	320.517,22	
Aufwand gesetzliche Sozialversicherung	81.261,90	
Beiträge Berufsgenossenschaft	1.427,98	
Erstattung Lohnfortzahlung	12.407,42	
Aufwand zur Altersvorsorge	16.622,15	
Aushilfslöhne	438,60	432.236,67
Fremdleistungen / Honorare		19.862,63
Raumkosten		
Miete (Netto-Kalkkosten)	94.663,26	
Nebenkosten (Strom etc.)	4.220,05	
Reinigungskosten	7.988,67	
Sonstige Raumkosten	0,00	106.871,98
Rechts- und Beratungskosten, Buchhaltung		19.794,63
Reisekosten		4.807,78
Bewirtung, Repräsentationskosten und Geschenke		538,14
Abschreibungen auf Anlagevermögen		28.707,32
Abgang Anlagevermögen		3.057,13
EDV-Betreuungskosten und Instandhaltung		22.475,68
Inkassokosten		1.168,59
Künstlersozialkasse		9.034,96
Geschäftsbedürfnisse		3.261,38
		651.816,89

12. ipb Allgemein	€	€
Gehälter und Soziale Abgaben		81.660,83
Raumkosten		
Miete (Netto-Kalkkosten)	15.777,19	
Nebenkosten (Strom etc.)	703,34	
Reinigungskosten	1.442,45	
Sonstige Raumkosten	0,00	17.922,98
Öffentlichkeitsarbeit		1.437,22
Reisekosten		115,30
Anschaffungen Anlagevermögen		4.491,44
Abgang Anlagevermögen		472,64
Geschäftsbedürfnisse		9.136,54
		115.236,95

13. Qualitätsregister	€	€
Einnahmen		21.735,28
Gehälter und Soziale Abgaben		9.089,05
Raumkosten		
Miete (Netto-Kalkkosten)	2.253,90	
Nebenkosten (Strom etc.)	100,48	
Reinigungskosten	209,67	
Sonstige Raumkosten	0,00	2.564,05
Öffentlichkeitsarbeit		2.611,21
Reisekosten		817,87
Abschreibungen Anlagevermögen/ Abgang Anlagevermögen		2.299,49
Geschäftsbedürfnisse		6.167,16
		-1.813,55

Entwicklung des Geldvermögens

	2015		2014	
	EURO	EURO	EURO	EURO
Stand am 01.01.	Sparbuch Haspa 1 (Rücklage)	0,00		0,00
	Sparbuch Haspa 2	0,00		0,00
	Sparanlage für Firmen Haspa	462.072,07		498.990,77
	Sparbuch Mietkaution	0,00		19.015,02
	Sparbuch Mietkaution 1	28.163,79		28.100,00
	Girokonto Hamburg	137.842,31		53.657,03
	Festgeldkonto	0,00		150.000,00
	Kassenbestand	104,31	628.182,48	240,77
Stand am 31.12.	Sparanlage für Firmen Haspa	501,90		462.072,07
	Sparbuch Mietkaution	0,00		0,00
	Sparbuch Mietkaution 1	28.163,79		28.163,79
	Girokonto Hamburg	488.907,41		137.842,31
	Festgeldkonto	0,00		0,00
	Unterwegs befindliche Gelder	1.874,26		0,00
	Kassenbestand	7,39	519.454,75	104,31
Veränderung des Geldvermögens		-108.727,73		-121.821,11